This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

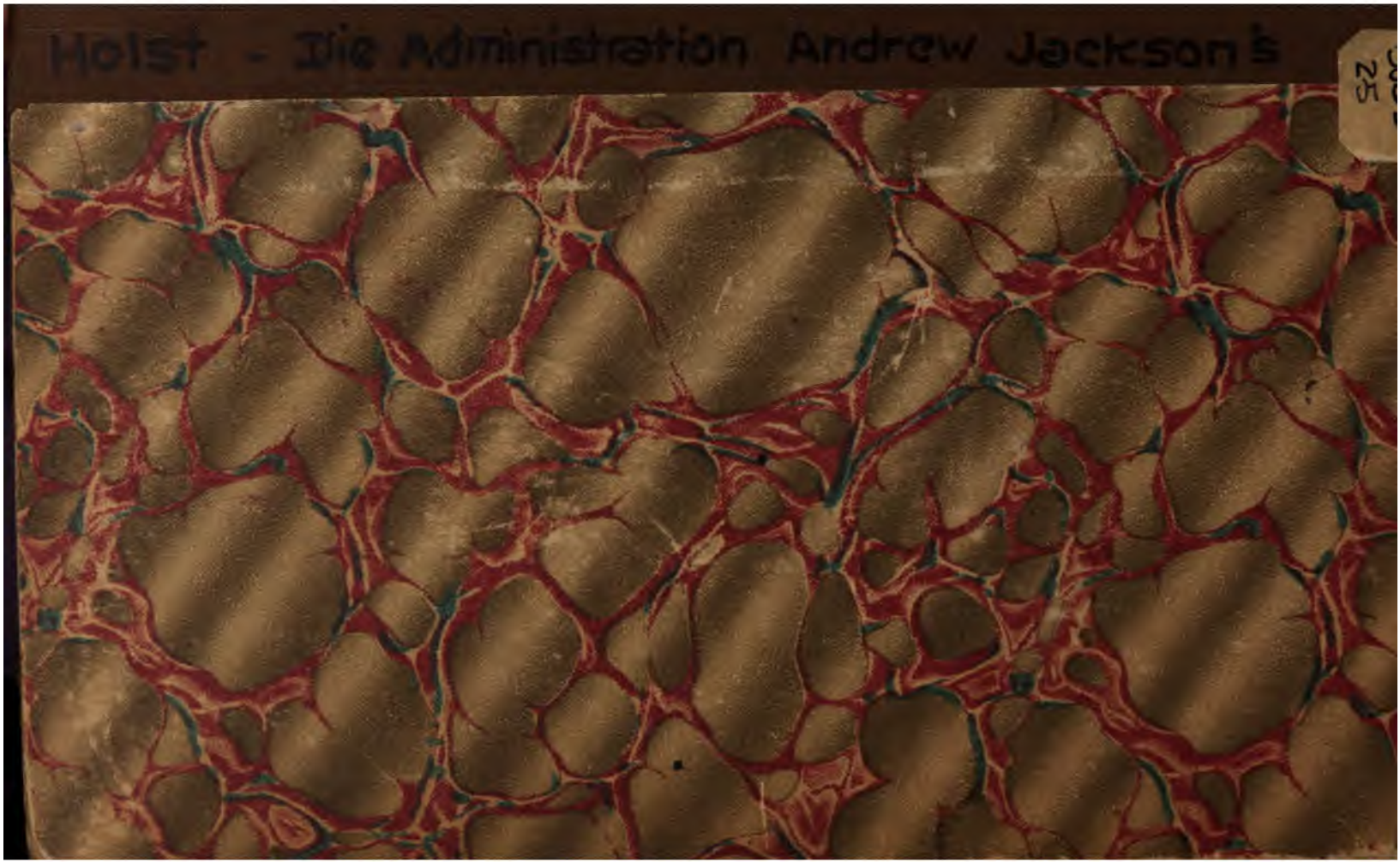
+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Holst - Die Administration Andrew Jackson's



V5 5035.25

Harvard College Library

FROM

Wilbert J. Lang

Die

Administration Andrew Jackson's

in ihrer Bedeutung

für die Entwickelung der Demokratie

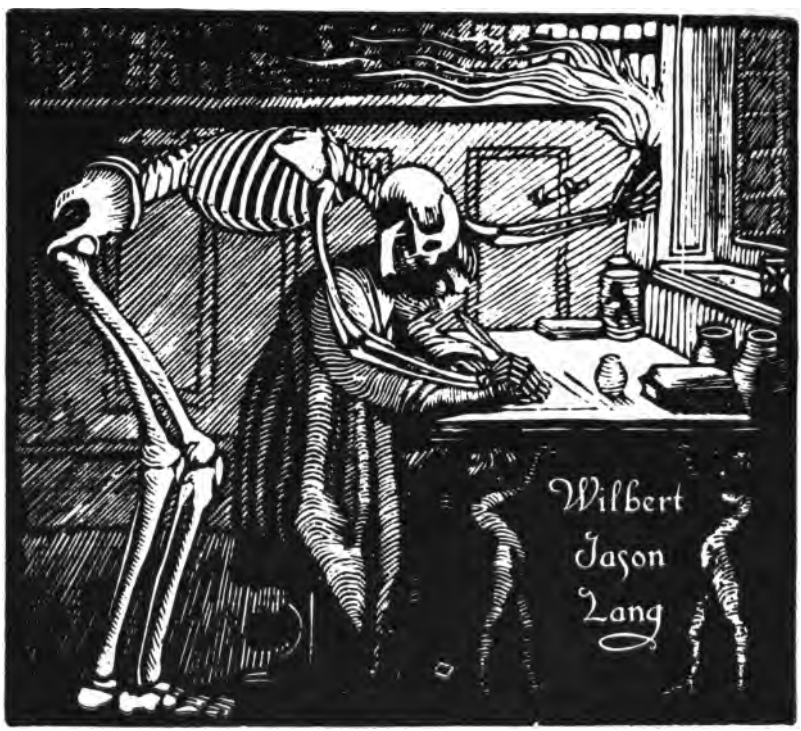
in den

Vereinigten Staaten von Amerika.

Von

Dr. H. v. Holst,
o. ö. Professor an der Universität Freiburg.

Düsseldorf,
Verlagshandlung von Julius Buddeus.
1874.


Wilbert
Jason
Lang

6

Die

Administration Andrew Jackson's

in ihrer Bedeutung

für die Entwickelung der Demokratie

in den

Vereinigten Staaten von Amerika.

Von

Dr. H. v. Holst,
o. ö. Professor an der Universität Freiburg.

Düsseldorf,
Verlagshandlung von Julius Buddeus.
1874.

zu behalten, daß ein so großes und so eigenthümliches Gemeinwesen wie die Vereinigten Staaten in politischer, wie in sozial-politischer Hinsicht einen Komplex von unendlich vielen Erscheinungen darbietet. Und muß nun in diesem Komplex von Erscheinungen durchaus Alles schwarz sein, weil Vieles ganz unbestreitbar schwarz ist? Ich habe aber deutlich genug gesagt, daß ich „hier nur einige ganz bestimmte Seiten (des politischen Lebens), und zwar auch diese nur von gewissen Gesichtspunkten aus, zu schildern versucht", und an einer andern Stelle hebe ich ausdrücklich die „mannichfachen Lichtseiten" hervor. Da man mir aber nun einmal jenen Standpunkt angelesen hat — ein Standpunkt, den schwerlich ein nüchterner und wirklich denkender Mensch irgend einem großen Kulturstaate gegenüber einnehmen wird — so konnte es mir natürlich nicht gerade darum zu thun sein, eine aphoristische Arbeit drucken zu lassen, die dazu angethan ist, jener irrigen Auffassung weitere Scheingründe zu liefern.

Diesen Bedenken haben die erwähnten Freunde die Bemerkung entgegengestellt, daß es in mehr als einer Hinsicht in hohem Grade wünschenswerth sei, in Deutschland — und zwar nicht nur unter den Gelehrten, sondern namentlich auch unter den Staatsmännern — ein ernstes Studium des Entwickelungsganges der amerikanischen Verhältnisse anzuregen. Sie haben diesen Aufsatz für geeignet gehalten, etwas zu einer solchen Anregung beizutragen. Ich habe mich ihrem Wunsche gefügt und will wünschen, daß jene Hoffnung nicht völlig getäuscht werde.

Der Verfasser.

Freiburg, 30. Mai 1874.

Die Administration Andrew Jackson's bildet in mehr als einer Hinsicht einen bedeutsamen Abschnitt in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Mit John Quincy Adams schied für lange Zeit der letzte Staatsmann aus dem Weißen Hause und der große Haufe und die Professionspolitiker nahmen Besitz von ihm. Mit der Wahl Jackson's triumphirte die radikale über die gemäßigte Demokratie.

Ein Zufall durchbrach 1824 den Damm, der seit 1804 die Initiative hinsichtlich der Aufstellung von Präsidentschaftskandidaten auf den Kongreß beschränkt hatte. William Crawford, Schatzsekretär unter Monroe, war der designirte Kandidat eines Theiles der demokratischen Partei, als ein Schlaganfall ihn geistig und körperlich zu einer Ruine machte. Seine näheren Freunde wollten ihn trotzdem nicht fallen lassen. Ihre Hoffnung war auf das Gewicht gesetzt, welches Gewohnheit der Nomination durch einen sog. „Caucus" der Parteimitglieder im Kongreß gab. Sie hatten die Zeichen der Zeit schlecht gelesen. Der undemokratische „König Caucus" war bereits so verhaßt, daß die Tage seiner Herrschaft unter allen Umständen gezählt waren. Der Versuch, der Nation einen solchen Mann zum Haupt zu geben, entschied seinen sofortigen und bleibenden Sturz. Nur 68 Stimmen wurden im Caucus abgegeben und Crawford hatte vom ersten Augenblick an nicht die geringste Aussicht auf Erfolg[1]). Die leitenden Männer im Kongreß hielten es für am wahrscheinlichsten, daß die „Dynastie der Staatssekretäre" noch fortgeführt und der jüngere Adams gewählt werden würde. Die gerlebensten Politiker dagegen begannen ein bemerkenswerthes Mißtrauen gegen die Macht des Hergebrachten zu zeigen.

Andrew Jackson war ein durchaus „irregulärer" Kandidat. Die Legislatur von Tennessee hatte seine Wahl empfohlen, zum höchsten

[1]) „The caucus has hurt nobody but its friends, as far as I can judge now." Dan. Webster to Ez. Webster, 22. Febr. 1824. Webst.'s Priv. Corresp. I. p. 346.

Erstaunen der Neu-England Staaten, die nicht recht wußten, ob sie über die Abgeschmacktheit lachen, oder sich über die Frechheit ärgern sollten. Bisher waren in Verbindung mit der Präsidentschaft nur die Namen von Männern genannt worden, die das Volk in langen Jahren und in den wichtigsten Aemtern als Staatsmänner kennen gelernt hatte. Jackson hatte aber noch nicht gezeigt, daß er das A B C der Staatskunst verstehe. Tennessee hatte ihn freilich schon während der Administration Washington's in das Repräsentantenhaus und darauf in den Senat gesandt, aber der Kongreß wußte von ihm nur, daß Heftigkeit seine Stimme erstickte, sobald er zu reden begann. Und sein Geist war nicht besser geschult, als seine Leidenschaften gezügelt waren. Er war allerdings ein angesehener Advokat in Tennessee gewesen und hatte auf der Bank des obersten Staatsgerichtes gesessen. Allein seine Ehren auf diesem Felde hatte er zu einer Zeit erworben, da es in Tennessee für Advokaten und Richter noch fast ebenso wichtig war, mit den Schlichen und Kniffen der Indianer vertraut zu sein, ein furchtloses Herz in der Brust zu tragen und eine sichere Kugel zu schießen, wie die Gesetze des Landes zu kennen.

Die Nation kannte Jackson nur als erfolgreichen und gewaltthätigen General. Die tonangebenden Männer des Ostens hielten aber mit Recht die politische Einsicht und Nüchternheit des Volkes für zu groß, als daß es die Präsidentschaft zum Preis für die Schlacht bei New-Orleans und einige siegreiche Indianerkämpfe ausersehen würde. Ein anderes Moment, dessen Einfluß sie erst spät und nur unvollkommen erfaßten, war das entscheidende.

Jackson war der Mann der Massen, weil er nach Abstammung und nach seinem ganzen innern und äußern Entwickelungsgange ihnen angehörte.

Von der Masse der Bevölkerung hob sich in den Südstaaten eine Aristokratie von großen Grund- und Sklavenbesitzern und in den nordöstlichen Staaten eine handel- und gewerbtreibende und den gelehrten Berufsarten obliegende Bourgeoisie ab. Von diesen beiden Schichten der Bevölkerung war bisher der Kampf um die politische Herrschaft geführt worden; die politisch berechtigte Plebs hatte im Allgemeinen nur die Heerhaufen abgegeben, mit denen die Führer ihre Schlachten schlugen. Die Hitze der Parteikämpfe und ihr wechselvoller Verlauf hatte diese Plebs aber bereits genugsam gelehrt, daß die Macht in ihrer Hand läge und es nur von ihrem Willen abhänge, sie auch thatsächlich selbst auszuüben. Die Konstruktion des Staates ruhte auf der Annahme,

daß sie der Aufgabe gewachsen, und das Gerede der Führer hatte die Theorie der Volksherrschaft nach und nach immer mehr in ein solches Gewand gekleidet, daß ihre buchstäblichste Durchführung mit dem Begriff der Republik und der Freiheit zusammenzufallen schien. Es bedurfte daher nur einer den Anstoß gebenden Gelegenheit, um den Wunsch, die thatsächlichen Verhältnisse mehr in Uebereinstimmung mit der Theorie zu bringen, zum Entschluß werden zu lassen. Diese Gelegenheit bot die Kandidatur Jackson's, da er schon in großer Schrift seinen Namen in die Geschichtstafeln des Landes eingetragen. Nicht der siegreiche General wurde auf den Schild gehoben, sondern der Volksmann, der durch seine Kriegsthaten den Ruhm des Volkes gemehrt und seine Qualifikation zum Führer bewiesen hatte.

Das Gespött der Neu England Staaten verstummte, als die Staatskonvention von Pennsylvania am 4. März 1824 mit allen gegen eine Stimme die Nomination der Legislatur von Tennessee endossirte. Hätten nicht vier Kandidaten im Felde gestanden, so wäre aller Wahrscheinlichkeit nach Jackson schon jetzt mit einer imponirenden Majorität erwählt worden. In Folge dieser Zersplitterung erhielt keiner der Kandidaten die verfassungsmäßige Majorität sämmtlicher Elektoralstimmen und die Wahl ging daher — unter Fortfall von Clay, der die geringste Anzahl von Elektoralstimmen erhalten hatte — an das Repräsentantenhaus. Crawford hatte nur vier Stimmen mehr als Clay erhalten und kam thatsächlich nicht weiter in Betracht. Die Frage lag zwischen Jackson und Adams und die Entscheidung stand bei Clay und seinen Anhängern. Für Jackson hatten 99 und für Adams nur 84 Elektoren gestimmt. Trotzdem warf Clay sein Gewicht für Adams in die Wagschale und dieser wurde mit 13 gegen 11 Staatenstimmen, von welchen letzteren 7 auf Jackson und 4 auf Crawford entfielen, vom Repräsentantenhause erwählt.

Die Jacksonianer erhoben jetzt die Beschuldigung, daß Clay seinen Einfluß an Adams für die Zusage des Staatssekretariats verhandelt habe. Die Anklage war nachweislich so vollständig aus der Luft gegriffen, daß sie nicht lange Jahre eine bedeutungsvolle Rolle in der Geschichte der Präsidentenwahlen hätte spielen können, wenn nicht ein anderer Umstand die Wahl von Adams durch den Einfluß Clay's in den Augen der Majorität des Volkes zu einem schweren Vergehen gestempelt hätte. Jackson hatte eine nicht unerhebliche Pluralität des Elektoral- wie des Volksvotums erhalten, und in mehreren Staaten, die für Crawford oder Clay gestimmt hatten, war er der in zweiter Linie am meisten

begünstigte Kandidat. Hierauf gestützt, behauptete er, das Repräsentantenhaus habe sich erfrecht, den Willen des Volkes unter die Füße zu treten[1]). Das war seine aufrichtige Ueberzeugung und sie war fast noch mehr als die erlittene persönliche Enttäuschung die Quelle der Erbitterung, der er bei jeder Gelegenheit in taktlosester Weise Luft machte.

Der Vorwurf fand den lautesten Widerhall im Volke. Die Verfassungsmäßigkeit von Adams' Wahl wurde selbstverständlich nicht geleugnet, aber ihre „moralische" Berechtigung wurde bestritten.

Die moralische Berechtigung, wie sie dieser Auffassung des „demokratischen Prinzipes" erschien, deckte sich nicht unter allen Umständen mit der Verfassungsbestimmung, und die Majorität des Volkes stellte mit Jackson die Forderung auf, daß jenes unbedingt dieser übergeordnet werde[2]). Diese Forderung stand nicht nur in direktem Widerspruch mit dem Buchstaben und mit dem Geiste der Verfassung, sondern sie tastete das Prinzip der Gesetzesherrschaft an: ihre letzte Konsequenz erhob die Willkür der Majorität (event. einer Pluralität) der Aktivbürger zum einzigen Gesetz des Landes; sie war nicht ein Postulat der Demokratie, sondern die Aufhebung des Verfassungsstaates. In einem demokratischen Verfassungsstaate ist rechtlich und „moralisch" nicht der in irgend einer beliebigen Weise, sondern lediglich der in einer von der Verfassung bestimmten Weise zum Ausdruck gelangende Wille der Majorität die bindende Norm. Unstreitig ist in einem solchen Staate der „Volks"wille der Staatswille, aber der höchste, der unbedingt maßgebende Ausdruck des Volkswillens ist die Verfassung; jenseit ihrer Grenzen liegt die Revolution. Die Jackson-Demokraten forderten die Unterordnung des wohl überlegten, zum bleibenden Grundgesetz fixirten

---

[1]) Er schreibt im Juli 1826: „If it be true that the administration have gone into power contrary to the voice of the nation, and are now expecting by means of this power thus acquired, to mold the public will into an acquiescence with their authority, then is the issue fairly made out, shall the government or the people rule".

[2]) „The election of Mr. Adams was perfectly constitutional, and as such fully submitted to by the people: but it was also a violation of the Demos Krateo (sic) principle, and that violation was signally rebuked .... Still, the great objection to the election of Mr. Adams was in the violation of the principle Demos Krateo; and in the question which it raised of the capacity of the Demos to choose a safe President for themselves .... upon it (this high ground) the battle was mainly fought (1828) and won. It was a victory of principle". Benton, Thirty Years' View. I. pp. 47, 49.

Volkswillens unter das augenblickliche, zum Theil nur durch unsichere Konjunkturen zu ermittelnde Wünschen des Volkes.

Die Verfassungsbestimmungen über die Präsidentenwahl gingen von zwei Grundgedanken aus: die Wahl sollte eine indirekte sein, und falls kein Kandidat die Majorität sämmtlicher Elektoralstimmen erhielt, sollte von einem anderen Wahlkörper eine engere Wahl vorgenommen werden. Das Volk hatte also beliebt, ohne Statuirung irgend einer Ausnahme, auf die unmittelbare Wahl des Präsidenten zu verzichten und Vertrauensmänner mit ihr zu beauftragen. Lag hierin eine verdammliche Verletzung des „demokratischen Prinzipes", so trug allein das Volk die Verantwortung dafür; — war die Ursache der Verletzung des demokratischen Prinzipes ein Mißtrauen in „die Fähigkeit des Demos für sich selbst einen sicheren Präsidenten zu wählen", so fiel der undemokratische Zweifel nur ihm selbst zur Last; — war vier Jahre später die Wahl Jackson's ein Sieg des richtigen demokratischen Prinzipes, so war es ein Sieg des Volkes über seine selbstgewollte Verfügung und zwar unter Belassung derselben im Staatsgrundgesetz: das Volk schlug sich in das eigene Gesicht und trieb Possen mit seiner Verfassung. Hatten sich die Elektoren widerstandslos die ihnen anvertraute Macht entwinden lassen und sich mit der leeren Form begnügt, so legte das sicher nicht dem Repräsentantenhause die Verpflichtung auf, das Beispiel nachzuahmen, wenn ihm die Wahl zufiel. Die Verfassung wollte, daß es in Wahrheit wähle, eine Pluralität der Elektoralstimmen nicht eine zureichende Aeußerung des „Volks"willens sei, denn ihre Urheber können nicht geziehen werden, irgend eine Bestimmung aufgenommen zu haben, die eine vollkommen zweck- und inhaltlose Zeremonie sein sollte.

Diese Vorgänge bei der Wahl von 1824 spielten eine solche Rolle in dem Wahlkampf von 1828, daß Senator Benton seinen Ausgang mit Recht als „Sieg des demokratischen Prinzipes über die Theorie der Konstitution" bezeichnete. Die Frage nach den Verdiensten der Adams'schen Administration und nach dem relativen staatsmännischen Werthe oder Unwerthe der beiden Kandidaten trat vollständig in den Hintergrund. Adams durfte in keinem Falle wiedergewählt werden, weil auch der Erfolg nicht als Rechtfertigung der „Theorie der Konstitution" anerkannt werden durfte. Jackson mußte gewählt werden, damit das „Volk" zeige, daß eine Mißachtung seines „Willens", selbst unter dem schützenden Mantel der Verfassung, ein ebenso thörichtes als verwegenes Auflehnen des Knechtes gegen den Meister sei. Das war der Kern-

punkt dieses Wahlkampfes, das einzige in ihm involvirte Prinzip. Dieser eine Gedanke überfluthete gleich einer Sturzwelle das vernünftige, nach realen Interessen fragende politische Denken. Der Rausch regierte den Tag: der „Demos“ wollte in seiner ganzen Majestät einherschreiten. Seine Macht und die Energie seines Wollens bekundete er glänzend, aber die Nüchternen glaubten wieder an einem jener Wendepunkte angekommen zu sein, da sich die Frage gezieme, wie weit die nationale Geschichte eine Rechtfertigung des Prinzipes der Volksherrschaft sei.

Nicht daß Andrew Jackson dem John Quincy Adams vorgezogen wurde, nicht daß der steifnackige Haudegen an die Spitze des Staates gestellt wurde, war das Bedenklichste. Das hatte auch vier Jahre zuvor eine große Partei, die größte unter den vier im Felde stehenden Fraktionen, gewollt, und der Kampf war ein verhältnißmäßig bedeutungsloser gewesen. Die Motive, die jetzt das Volk leiteten, und die Weise, wie es seinen Willen zur Geltung brachte, zeigten an, daß die demokratische Entwickelung in eine neue Phase getreten war. Die schlagendsten Argumente waren die Aufrichtung eines Hickoryphales und ein „Hurrah für Andrew Jackson!“ Der Wortkampf in der Presse wie vom „Stump“ wurde leidenschaftlicher geführt als je zuvor, aber noch nie war er so leer an politischem Inhalt gewesen. Seit der zweiten Präsidentenwahl war persönlicher Klatsch in reichem Maße die widrige Würze der Wahlkampagnen gewesen, jetzt aber wurde der Klatsch zur gemeinen studirten Verleumdung. Die Aufgabe der Parteien schien nicht mehr zu sein, die Gründe der größeren Würdigkeit und Tauglichkeit des eigenen Kandidaten darzulegen, sondern die politische und private Niedertracht des gegnerischen Kandidaten zu beweisen. Die bedeutendsten Zeitungen entblödeten sich nicht, die heiligsten Familienverhältnisse zum Kampagnekoth zusammenzutreten. Damit überschossen sie freilich das Ziel. Die Herrschaft der politischen Leidenschaft über das gesunde moralische Gefühl des Volkes ging nicht so weit, daß solche Waffen gute Dienste hätten leisten können. Sie wurden vorzüglich gegen Jackson angewandt und trugen das Ihrige zu seinem glänzenden Siege bei. Er erhielt 178 Elektoralstimmen gegen nur 83 für Adams.

Das Bild der Inaugurationsfeierlichkeiten entsprach dem Charakter des Wahlkampfes. Washington war überfüllt mit Gästen von nah und fern, die sich geberdeten, als sei im heißen Ringen die bedrohte Existenz der Republik sicher gestellt worden[1]). In buntestem

[1]) „To-day we have had the inauguration. A monstrous crowd of people is in the city. I never saw anything like it before. Persons have come

Gemisch umdrängten sie den neuen Machthaber. Die siegreiche Plebs zeigte in drastischer Weise beim Empfange im Weißen Hause, wie ganz sie sich dort zu Hause fühle[1].)

Die auffallendsten und bedeutsamsten unter allen den sonderbaren Gesichtern waren die „hungrigen", die sich in allen den Gruppen dieser zusammengefegten Gesellschaft befanden. Wo das Aas liegt, da sammeln sich die Geier.

Die Inaugurationsadresse erklärte: „Die öffentliche Meinung schreibt in Zügen, die zu lesbar, um sie übersehen zu können, in die Liste der exekutiven Pflichten die Aufgabe der Reform." Die Beeinflussung von Wahlen durch Regierungspatronage solle aufhören und „den Ursachen entgegengewirkt werden, welche den richtigen Gang der Aemterverleihung gestört und Macht in untreue oder inkompetente Hände gelegt oder in ihnen belassen". Richter Story meinte, die Adresse sei in so allgemeinen Ausdrücken gehalten, daß sie Alles und Nichts bedeuten könne; nur diese Stelle nahm er aus. Auf welche Thatsachen sich die gegen die abtretende Administration geschleuderten Anklagen stützten, hätte Niemand sagen können; nur Wenige aber erlaubten sich noch einen Zweifel daran, daß es mit den „Reform"versprechungen höchst ernst gemeint sei. So naiv war man nicht, das außerordentliche Zuströmen in Washington lediglich der Freude über die „Rettung des Vaterlandes" zuzuschreiben. Die Vaterlandsretter waren nach ihrem Lohne gekommen und jene Worte wurden als eine Zusicherung angesehen, daß sie ihn erhalten sollten.

Ward dabei nur, auf das Urtheil über die maßgebende Persönlichkeit gestützt, an eine zeitweilige Abkehr von dem bisherigen Anstellungssysteme gedacht, oder meinte man, tiefere und allgemeinere Ursachen bereiteten einen bleibenden Systemwechsel vor?

Der Wahlkampf von 1824 hatte eine Korrespondenz zwischen Monroe und Jackson aus dem Jahre 1816 an das Licht gebracht, in der

five hundred miles to see General Jackson, and they really seem to think that the country is rescued from some dreadful danger". Webster's Priv. Corresp. I. p. 473.

[1]) „After this ceremony (the inauguration) was over, the President went to the Palace to receive company, and there he was visited by immense crowds of all sorts of people, from the highest and most polished down to the most vulgar and gross in the nation. I never saw such a mixture. The reign of King 'Mob' seemed triumphant." J. Story an seine Frau, 7. März 1829. Life and Letters of J. Story. I. p. 563.

der Letzterer dem neugewählten Präsidenten nachdrücklich empfahl, bei den Anstellungen und namentlich bei der Wahl der Kabinetsmitglieder sich über den Parteigeist zu erheben, wie es dem Haupte des Staates gezieme[1]). Diese Ansicht schien sich bei ihm mit den Jahren fester gesetzt und rigoristischer ausgebildet zu haben. Als Tennessee ihn 1825 wieder zum Präsidentschaftskandidaten nominirte, legte er sein Mandat als Bundessenator nieder, weil dieses Amt von ihm zur Förderung seiner Kandidatur benutzt werden konnte. Dabei erklärte er eine unlautere Verbindung zwischen der Exekutive und Legislative für die größte Gefahr der Volkssouveränetät und empfahl, zur Abwendung derselben durch ein Verfassungsamendement zu verbieten, daß Kongreßmitglieder während der Dauer ihres Mandates und zwei Jahre nach Ablauf desselben mit irgend einem Bundesamte — die Richterstellen ausgenommen — betraut würden.

Jackson war kein Demagoge und ist auch nie dafür gehalten worden. Jenes Programm war nicht eine bewußte captatio benevolentiae gewesen und die verheißene Reform bedeutete nicht nur eine Versorgung seiner hungrigen Parteigänger. Nicht umsonst und nicht mit Unrecht wies er auf die „Demonstration der öffentlichen Meinung" hin, welche die „Reform" fordere. Die eigentliche Quelle der Besorgniß war das Gebahren der Leute, die sich vornehmlich der Wahlagitation befleißigt hatten. Was Jackson persönlich anlangte, so hegte Webster sogar noch die Hoffnung, daß der Präsident ihnen nur einen Honigkuchen habe hinwerfen wollen und der Staat mit einem blauen Auge davon kommen werde[2]). Jackson wäre schwerlich mit so überwältigender Majorität ge-

[1]) „Every thing depends on the selection of your ministry. In every selection, party and party feelings should be avoided. Now is the time to exterminate that monster, called party spirit . . . The chief magistrate of a great and powerful nation should never indulge in party feelings. His conduct should be liberal and disinterested, always bearing in mind that he acts for the whole, and not a part of the community. By this course you will exalt the national character, and acquire for yourself a name as imperishable as monumental marble. Consult no party in your choice." Niles' Register XXVI. pp. 164, 165.

[2]) „What it (the inauguration speech) says about reform in office may be either a prelude to a general change in office, or a mere sop to soothe the hunger, without satisfying it, of the thousand expectants for office who throng the city, and clamor all over the country. I expect some changes, but not a great many at present." Priv. Corresp. I. p. 473. Bereits im Januar 1829 schrieb Webster: „Great efforts are making to put him (Jackson) up to a general sweep, as to all offices; springing from great doubt whether

wählt worden, wenn das die allgemeine Ansicht der Politiker gewesen wäre. Und hätte er den Versuch gemacht, so würde er ihn, nach der übrigen Geschichte seiner Administration zu urtheilen, bei Einsetzung seiner ganzen Persönlichkeit allerdings durchgeführt haben, aber sein Stand wäre so hart gewesen, als in irgend einem der anderen siegreich von ihm durchgefochtenen Kämpfe. Damit wäre aber auch nur eine kurze Frist gewonnen gewesen. Um das Hereinbrechen des Uebels überhaupt zu verhindern, mußten seine Ursachen beseitigt werden, und dazu gehörte mehr als ein starker Wille; ein Einzelner vermochte das überhaupt nicht.

Nur wenig bemerkt über den Kämpfen um die brennenden Tagesfragen hatte früh eine Stagnation des politischen Geistes und als natürliche Folge davon auch allmählich eine Fäulniß des politischen Lebens begonnen. Die Zeit des Unabhängigkeitskrieges hatte durchaus nicht den hehren idealen Charakter getragen, der ihr oft angedichtet worden. Die leitenden Männer waren jedoch mit nur sehr wenigen Ausnahmen von einem großen Gedanken getragen und von einem edleren Ehrgeiz erfüllt, und bei der Majorität der Masse des Volkes ließ sich trotz aller Lässigkeit und kurzsichtigen Eigensucht nicht verkennen, daß sie sich vollkommen bewußt war, für die eigene und für eine gute Sache zu streiten.

Ernste Bedenken erregte es damals, daß die bedeutendsten Talente nach und nach den Kongreß verließen, weil sie in den einzelnen Staaten eine genehmere und lohnendere Bühne für ihre politische Thätigkeit fanden. Die scharfsichtigsten Männer, wie z. B. Madison, meinten, das werde auch unter der neuen Verfassung so bleiben. In den ersten Jahren schien das in der That so. Washington hatte mehrmals Mühe, die Stellen in seinem Kabinet und Gesandtschaftsposten zu besetzen; eine Gouverneurschaft wurde einem Sitze im Bundessenat und selbst dem Präsidium im Oberbundesgericht vorgezogen, und die tüchtigsten Männer konnten oft nur durch die dringenden Bitten ihrer Freunde bewogen werden, ihre Kongreßmandate erneuern zu lassen. Als die Parteiungen sich verschärften und das Ansehen der Bundesregierung wuchs, änderte sich das jedoch rasch. Schon in der ersten Präsidentschaft Madison's (1809—1813) wurde das Jagen nach Bundesämtern in einem Maße und in einer Weise von Kongreßmitgliedern getrieben,

---

he is disposed to go it." Darauf aber bemerkt er: „He will either go with the party, as they say in New York, or go the whole hog, as it is phrased elsewhere, making all the places he can for friends and supporters, and shaking a rod of terror at his opposers". Ibid. I. p. 467.

daß man ihm durch die Verfassung einen direkten Damm entgegen zu setzen. suchte und Quincy in einer seiner glänzendsten Reden erbarmungslos mit den Schuldigen in's Gericht ging[1]).

Madison's Vermuthung, daß die Staatenämter gesuchter bleiben würden, erwies sich als irrig. Allein wie auch immer Bundes- und Staatenämter gegen einander abgeschätzt werden mochten, die Zahl der Aemterliebhaber wuchs weit rascher als die Zahl der beiden Aemterarten zusammengenommen. Schon in der Kolonialperiode hatten alle öffentlichen Posten einen auffallenden Reiz ausgeübt. Erst mit der wachsenden Leidenschaftlichkeit des selbstständigen politischen Parteilebens hatte aber dieser Hang einen krankhaften Zug gewonnen und erst mit der fortschreitenden Demokratisirung begann sich eine bestimmte Klasse von Aemterjägern zu bilden. So lange in allen Staaten die politische Vollberechtigung an höhere oder geringere Eigenthumsqualifikationen und an andere Erfordernisse geknüpft war und gleichzeitig hinsichtlich der Vermögensverhältnisse im Allgemeinen die glückliche Uniformität des bescheidenen Mittels herrschte, hatte das ganze politische Leben bei allen Mängeln und ungesunden Auswüchsen doch das dezente Gepräge einer Bauern- und Kleinbürger-Republik getragen. Als dann mit dem wirthschaftlichen Aufblühen des Landes der Unterschied zwischen Arm und Reich immer häufiger und immer größer und Bürgerschaft immer mehr das einzige Requisit zum Vollgenuß der politischen Rechte wurde, entstand allmählich eine Zunft gewerbsmäßiger Politiker. Die Presse war zum Theil in ihren Händen und mit ihrer Hülfe gelang es ihnen jetzt bereits in einigen Staaten, das große Wort in den Staats-

[1]) „This class of persons ... are in truth spending their time at the doors of the palace or the crannies of the departments, and laying low snares to catch for themselves or their relations every stray office that flits by them ... I never have seen and I never shall see any of these notorious solicitors of office for themselves or their relations standing on this or the other floor, bawling and bullying, or coming down with dead votes in support of executive measures, but I think I see a hackney laboring for hire in a most degrading service". Life of Quincy p, 220. In Stickney's Autobiography of Amos Kendall, einem im Ganzen werthlosen Buche, finden sich einige interessante Angaben über den Aemterhandel zu dieser Zeit. So z. B. ging ein Amt in kurzer Zeit für einen rasch anwachsenden Preis in vier verschiedene Hände über. Den Vermittler bei dem Geschäft machte R. M. Johnson, Kongreßmitglied von Kentucky und während Van Burens Administration Vize-Präsident der Union. Sehr lehrreich ist auch die einer späteren Zeit angehörende Geschichte der Stockton und Stokes Forderung, die der berüchtigten Chorpening Sache, die sich in unseren Tagen abgespielt hat, kaum in irgend einer Hinsicht nachsteht.

angelegenheiten zu führen. Die Masse der Aktivbürger, von dem seit jeher das Volk charakterisirenden Erwerbsdrange mit jedem Jahre stärker an ihr bürgerliches Berufsleben gefesselt, wurde nicht gewahr, wie ihr langsam aber unaufhaltsam das Heft entglitt, denn sie verwechselte politisches Interesse mit selbstthätigem politischen Leben und meinte mit der Stimmabgabe am Wahltage ihrer Bürgerpflicht genügt zu haben.

Diese Entwickelung der letzterwähnten Verhältnisse befand sich im zweiten Jahrzehnt des Jahrhunderts allerdings noch in den ersten Stadien. Der Unfug mit der Regierungspatronage hatte aber unter dem fördernden Einfluß schlechter Institutionen in einigen Staaten schon einen hohen Grad erreicht. Von hier aus verbreitete sich das Gift weiter und in der von der Konstitution vorgesehenen Weise der Aemterbesetzung fand es den günstigsten Boden. Da im Kongreß noch die besseren Elemente einen überwiegenden Einfluß ausübten und die Persönlichkeiten, welche den Präsidentenstuhl inne hatten, dem Uebel keinen Vorschub leisteten, so konnte es erst nach längerer Zeit zum Durchbruch kommen. Allein die Schaar der Aemtergierigen schwoll zu immer gewaltigeren Haufen an, nur auf den Augenblick wartend, da ihnen der kleine Finger gereicht werden würde, um sich des Armes und des ganzen Mannes zu bemeistern. Und daß sie in nicht gar langer Zeit einen Mann nach ihrem Herzen finden würden, war gewiß, denn mit jedem Jahre wurden sie sowohl mächtiger als dreister. Schon Quincy hatte seine Strafrede nicht nur gegen die räudigen Schafe unter den Kongreßmitgliedern gerichtet; noch ingrimmiger geißelte er den übrigen Bettelhaufen, den er einer Ferkelheerde verglich, die sich mit gräulichem Lärmen um einen zu engen Futtertrog drängt[1]). John Adams fragte

[1]) „Is there on this earth any collection of men in which exists a more intrinsic, hearty and desperate love of office or place, — particularly of fat places? Is there any country more infested than this with the vermin that breed in the corruption of power? Is there any in which place and official emolument more certainly follow distinguished servility at elections, or base scurrility in the press? And as to eagerness for the reward, what is the fact? Let now one of your great officeholders, a Collector of the Customs, a Marshal, a Commissioner of Loans, a Postmaster in one of your cities, or any officer, agent, or factor for your territories or public lands, or person holding a place of minor distinction, but of considerable profit, be called upon to pay the last great debt of nature. The poor man shall hardly be dead, he shall not be cold, long before the corpse is in the coffin, the mail shall be crowded to repletion with letters and certificates, and recommandations and representations, and every species of sturdy, sycophantic solicitation by which obtrusive mendicity seeks charity or invites compassion.

freilich, ob das Bild, so weit es wahr, auf die früheren Zeiten nicht ebenso wie auf die gegenwärtigen passe[1]). Der Gang der Ereignisse war jedoch eine glänzende Rechtfertigung der Ansicht Quincy's, daß man auf steil abfallender Bahn hingleite.

Clay[2]) und Randolph[3]) erneuerten am Ende von Monroe's Administration Quincy's Klagelied über die zunehmende Verderbtheit der Zeiten, und als der jüngere Adams die Präsidentschaft antrat, war es allen tiefer in das politische Getriebe Eingeweihten wohl bekannt, daß die Auseinandersetzung mit den Aemtersuchern eine Kardinalfrage sei[4]). Jetzt kamen aber nicht mehr nur Gesuche um die Stellen, die vakant waren oder die man bald durch den Tod erledigt zu sehen hoffte. Ohne alle beschönigenden Verhüllungen wurde die einfache Forderung gestellt, die politischen Gegner ihrer Aemter zu entheben und sie an die politischen Freunde zu vertheilen. Adams erzählte im Mai 1825, daß er „nachdrücklich von verschiedenen Seiten her gedrängt worden", die Zollhausbeamten zu entlassen, „die wahrscheinlich in der ganzen Union"

Why, Sir, we hear the clamor of the craving animals at the treasury-trough here in this capital. Such running, such jostling, such wriggling, such clambering over one another's backs, such squealing because the tub is so narrow and the company so crowded! No, Sir, let us not talk of stoical apathy towards the things of the national treasury, either in this people or in their Representatives or Senators." Life of Quincy. p. 221.

[1]) „But are you right in supposing the rage for office more eager and craving now than it always has been, or more grasping and intriguing for executive offices than legislative stations? Have you read many of the circular letters? Have you attended much to the course of elections, even in our New England town meetings". J. Adams' Works IX. p. 633.

[2]) „I have been again and again shocked, during this session, by instances of solicitation for places before the vacancies existed. The pulse of incumbents, who happened to be taken ill is not marked with more anxiety by the attending physicians, than by those who desire to succeed them, though with very opposite feelings." Speeches of H. Clay. I. p. 230.

[3]) „I concur most heartily, sir, in the censure which has been passed upon the greediness of office, which stands a stigma on the present generation. Men from whom we might expect, and from whom I did expect better things, crowd the ante-chamber of the palace, for every vacant office; nay, even before men are dead, their shoes are wanted for some bare-footed office-seeker". Debates of Congr. VIII. p. 18.

[4]) Webster schreibt am 9. Mai 1830: „In general, when I open a letter, the silent question which I put to myself is, who is this that wants a cadetship or a midshipman's warrant, or an office, or an errand done at one of the departments?" Priv. Corresp. I. p. 500.

gegen seine Wahl gewesen[1]). Unmuthig klagt er: „Eine der schwersten Lasten meiner Stellung ist, die Applikation um Aemter zu hören, die, vom Schrei der Noth begleitet, fast jeden Tag des Jahres und zuweilen mehrere Male an einem Tage mir empfohlen werden, und ich habe es doch kaum je in meiner Hand, die verlangte Hülfe zu gewähren"[2]). Was ihm im Wege stand, waren freilich nur gesunde politische Einsicht und ehrenfeste Grundsätze, Schranken, die von den Applikanten nicht respektirt wurden. Er gab nicht nach und hatte den Zorn der Enttäuschten zu empfinden. Ein ungebetener Rathgeber soll ihm einst vorhergesagt haben, die Folge seines Entschlusses werde sein, daß er zuerst sein Amt verliere. Erheblich mitgewirkt hat dieser Umstand zu seiner Niederlage, aber es ist zu weit gegangen, sie vorwiegend ihm zuzuschreiben. Die Ansicht war jedoch weit verbreitet und auch das ist bezeichnend.

Die eigentliche Entscheidung in dem Wahlkampfe war durch den Zufall von New York an Jackson gegeben worden. New York war auch der Staat, in dem das Vergeben der öffentlichen Aemter nach Parteirücksichten am längsten und im ausgedehntesten Maße geübt wurde und der kürzlich einen großen Schritt vorwärts nach der radikalen Demokratie hin gethan hatte. Alles das war kein zufälliges Zusammentreffen von Umständen. Verschiedene Ursachen hatten seit jeher die Parteikämpfe im Staate ganz besonders heftig und verwickelt gemacht. Die Häupter der großen Familien, die mit einander um die Herrschaft rangen, lernten früh sich des sog. Ernennungsrechtes als wirksamer Parteimaschine zu bedienen. Ueber dem höchsten wie über dem geringsten öffentlichen Beamten hielt der Ernennungsrath das Schwert und wenn das Parteiinteresse es aus irgend einem Grunde zu fordern schien, so fiel der Streich so gewiß, als die Sonne des Abends unter den Horizont hinabsinkt. Das fast fünfzigjährige Regiment dieses Kollegiums hatte nach Hammond, dem gediegenen und maßvollen Geschichtsschreiber des Staates, „das öffentliche Gefühl häufig in einen Zustand versetzt, der eine Auflösung der Bande drohte, die ein zivilisirtes und christliches Gemeinwesen verbinden". Das ganze politische Leben war vergiftet und der Ernennungsrath hatte unleugbar einen so großen Theil der Schuld daran, daß in der Konvention von 1821 zur Revision der Verfassung kein ernster Versuch gemacht wurde, ihn fortbestehen zu lassen. Das System wurde jedoch nicht geändert. In der Theorie wurde man

[1]) Quincy. Mem. of J. Q. Adams. p. 147.

[2]) Ibid. p. 157.

vielleicht der Vernunft um ein Geringes gerechter, aber an der Praxis wurde festgehalten, denn die Politiker hatten ihren Werth zu gut kennen gelernt. Die sog. Albany Regency erfreute sich bald eines nationalen Rufes und in der That ist die Parteimaschinerie nicht oft mit größerer Sicherheit und wirksamer gehandhabt worden. Durch rücksichtslose Ausbildung des Systemes von Lohn und Strafe wurde die Partei militärisch disziplinirt und durch ihre straffe Disziplin war sie lange Jahre unbesieglich. Van Buren war die Seele der Regency, er führte den Staat triumphirend in das Lager Jackson's hinüber und er war das designirte Haupt von Jackson's Kabinet.

Jetzt werden wir verstehen, was mit der in Jackson's Inauguraladresse verheißenen Reform gemeint war. Wie aufrichtig auch Jackson Monroe die Befolgung der idealen Theorie empfohlen hatte, er war durch und durch ein Mann des praktischen Lebens und das hatte ihm andere Lehren ertheilt. Das Lager war die höhere Lebensschule gewesen, durch die er gegangen, und unwillkürlich übertrug er auch des Lagers Zucht und Sitte auf seine neue Wirkungssphäre. Nicht seine Rachgier und grundsatzlose Herrschsucht verkehrte plötzlich den hergebrachten guten Brauch in die Unsitte, die bis zur Stunde einer der größten Schäden der Republik ist. Er hob nur die Schleuse, vor der sich die Fluth lange aufgestaut, er hob sie als Repräsentant der politischen Richtung, die mit seiner Wahl zur Herrschaft gelangte, und er hob sie mit der ihm eigenen Energie.

Waren unter allen früheren Präsidenten Enthebungen vom Amte Ereignisse gewesen, so begannen jetzt die Aemterinhaber von abweichendem politischen Glauben sich angstvoll zu fragen, ob sie zu den Ausnahmen gehören würden, denen der harte Mann nicht sogleich das Brod nähme[1]).

---

[1]) Während Washington's Administration wurden 9 Beamte ihrer Stellen enthoben; während John Adams' 10; während Jefferson's 39 (n. A. 42.), während Madison's 5; während Monroe's 9; während J. Q. Adams' 2, und im ersten Jahre der Administration Jackson's 230 Beamte höherer Ordnung und 760 Postmeister und Subalternbeamte. Works of Calhoun. II. p. 438; Niles' Reg. XLIII. p. 9. Benton gibt zu, daß während des ersten Jahres 690 Beamte entlassen wurden. Thirty Years' View. I. p. 160. Clay schreibt schon den 12. März 1829, also acht Tage nach der Inauguration: „Among the official corps here there is the greatest solicitude and apprehension. The members of it feel something like the inhabitants of Cairo when the plague breaks out; no one knows who is next to encounter the stroke of death; or which, with many of them

Wer in den „Zivildienst" der Union eingetreten war, der hatte einen Lebensberuf gewählt. Jetzt wurde die Aemterverleihung eine Zahlung, deren Einstellung man nach vier oder höchstens acht Jahren nahezu mit Gewißheit gewärtigen mußte, denn Andere hatten Ablöhnungsansprüche an den neuen Präsidenten zu erheben. Das Volk wurde mit oberflächlichem Geschwätz über die Nothwendigkeit der Aemterrotation in Republiken abgespeist und der eigentliche Zweck der Aemter wurde immer mehr ihre Vergebung an die politischen Agitatoren und deren Schützlinge. Den Staatsmännern wurden damit Steine in den Weg geworfen, die den gewerbsmäßigen Politikern die breiteste Heerstraße abgaben. Die Vernichtung aller Stabilität in der Verwaltung nahm ihren Anfang[1]). Der ganze staatliche Apparat bis herab zu dem letzten Administrativbeamten wurde den Fluktuationen der politischen Strömung unterworfen. Die Masse der Bürger begann zu Figuranten herabzusinken und die Mehrzahl der eigentlichen Kämpen rang immer lasser um Ideen und immer heißer um den Dollar[2]).

Als man Adams bestürmt, die Initiative zu der verhängnißvollen Wandelung zu ergreifen, da hatte er entgegnet: „Ich kann die Weigerung, diese Politik zu adoptiren, nur durch die Beständigkeit und Stetigkeit rechtfertigen, mit der ich an meiner eigenen festhalte. Wenn ich von dieser in irgend einem Falle abweiche, so werden meine Freunde von mir fordern, es oft zu thun. Ein gehässiges und inquisitorisches Durchschnüffeln der persönlichen Disposition öffentlicher Beamten wird in der ganzen Union beginnen und die schmutzigsten und selbstsüchtigsten Leiden-

---

is the same thing, to be dismissed from office. You have no conception of the moral tyranny which prevails here over those in employment". Priv. Corresp. of H. Clay p. 225.

[1]) Der Kongreß hatte freilich schon 1820 einen verhängnißvollen Schritt gethan, indem er die Bestallungszeit ganzer Klassen von wichtigen Beamten, namentlich solchen, die mit der Einnahme und Auszahlung von Regierungsgeldern betraut waren, auf vier Jahre beschränkte. Statutes at Large. III. p. 582.

[2]) Die gegenwärtige Generation thäte wohl, sich der Prophezeiung Calhoun's zu erinnern, wo das hinausführen müßte: „When it comes to be once understood that politics is a game; that those who are engaged in it but act a part; that they make this or that profession, not from honest conviction or an intent to fulfil them, but as a means of deluding the people, and throughout that delusion to acquire power; — when such professions are to be entirely forgotten — the people will lose all confidence in public men; all will be regarded as mere jugglers — the honest and the patriotic as well as the cunning and the profligate; and the people will become indifferent

schaften werden in Bewegung gesetzt werden, das Thun von Männern, deren Stellen der Preis ihrer Verleumdung werden können, zu verdrehen und ihre Gefühle falsch darzustellen." Diese Prophezeiung erfüllte sich jetzt im vollsten Maße. Die Bundeshauptstadt bot ein widriges Bild dar. Schmeicheleien, Servilität, Spionage, Ohrenbläsereien und Intriguen blühten fast wie an den berufensten europäischen Höfen des 17. und 18. Jahrhunderts. Nur der höfische Firniß fehlte. Jackson selbst hatte, wenn er nicht in Wuth war, eine unstudirte, den Massen imponirende Würde, aber durch das allgemeine politische Getreibe in Washington ging ein Zug eigener Brutalität.

Im Kongreß wurde das neue System mit überraschender Dreistigkeit proklamirt und verherrlicht. Marcy von New York erklärte im Senat: „Es mag sein, daß die Politiker von New York nicht so spröde wie einige andere Herren im Bekennen der Prinzipien sind, nach denen sie handeln. Sie predigen kühn, was sie thun. Wenn sie um Sieg streiten, so gestehen sie ihre Absichten, die Früchte desselben zu genießen. Wenn sie erfolgreich sind, so fordern sie als ein ihnen zustehendes Recht die Vortheile des Erfolges. Sie sehen nichts Unrechtes in der Regel, daß dem Sieger die Spolien des Feindes gehören."

To the victor belong the spoils! Das Wort ist von dieser Stunde an ein unverbrüchlicher Grundsatz der amerikanischen Politiker geblieben und es gehört die ganze staunenswerthe Vitalität dieses Volkes und die ganze unübertroffene und unübertreffbare Gunst der natürlichen Verhältnisse des Landes dazu, um den Staat heute nicht unter der lastenden Wucht dieses Fluches erliegen zu lassen. Jackson ist damals und später mehr als billig für denselben verantwortlich gemacht worden. Nur nebensächliche und zum Theil selbst zufällige Umstände ließen die in den Verhältnissen und Institutionen liegende Tendenz scheinbar so plötzlich zum Durchbruch kommen. Richtig ist jedoch, daß Jackson das persönliche Moment in einem Maße in die Wandelung trug, wie es den späteren Präsidenten nicht mehr möglich war. An die Stelle des persönlichen Wohlwollens des Präsidenten, das jetzt die maßgebende Rücksicht war, trat das Interesse der Partei, resp. der großen und kleinen Parteiführer.

Jackson nahm selbst bei der Zusammensetzung seines Kabinets wenig

---

and passive to the grossest abuses of power, on the ground that those whom they may elevate under whatever pledges, instead of reforming, will but imitate the example of those whom they have expelled". Calh.'s Works II. 441.

Rücksicht auf die Partei, und hinter dem Kabinet stand noch das „Küchenkabinet", das immer eine ungebührliche Macht hatte und öfters in den wichtigsten Fragen den entscheidenden Einfluß ausübte. Van Buren war das einzige Mitglied des Kabinets, das eine wirklich nationale Reputation genoß, doch verdankte er seine Wahl weniger seiner hervorragenden Stellung in der Partei, als seinem hervorragenden Antheil an dem Erfolge Jackson's. Das bedeutendste Mitglied nächst ihm war der Generalanwalt Berrien. Sein Ruf als Jurist war jedoch nicht ein solcher, daß, wenn die alte Praxis noch in Uebung gewesen wäre, Wirt ihm hätte den Platz räumen müssen, den er seit 12 Jahren rühmlichst ausfüllte. Das Hauptverdienst der übrigen Mitglieder des Kabinets war ihre gemeinschaftliche Feindschaft gegen Henry Clay. Der Generalpostmeister Barry durfte sich noch besonders rühmen, aus einem intimen Freunde ein Feind Clays geworden zu sein. Der Marinesekretär Branch war eine indifferente Persönlichkeit; ihm fiel jetzt ein Platz im Ministerium zu, wie ihm sein Reichthum und seine angesehene gesellschaftliche Stellung früher die Gouverneurschaft von North Carolina und einen Sitz im Bundessenate zufallen gemacht. Ingham von Pennsylvania, der Finanzsekretär, war als tüchtiger Geschäftsmann schon längere Zeit ein brauchbares Mitglied des Kongresses. Jackson hatte er sich namentlich durch den Antheil empfohlen, den er an dem Aufbringen des Geschreies über den vorgeblichen „Handel" von Clay und Adams hatte. Der Kriegssekretär Eaton war allerdings Bundessenator, hatte aber nie eine ausgezeichnetere politische Rolle gespielt; er wurde als guter Kamerad aus Tennessee gewählt.

Ein anderer, höchst pikanter Umstand, der erhebliche politische Folgen hatte, gab Eaton einen weiteren Anspruch auf die Gunst Jackson's. Einige Monate vor der Inauguration hatte Eaton, nach vorheriger Konsultation mit Jackson, eine gewisse Mrs. Timberlake geheirathet, mit der er nach den in Washington umlaufenden und allgemein geglaubten Gerüchten schon seit einiger Zeit in unerlaubtem Verhältniß gestanden. Jackson's ritterliche Natur trieb ihn, bei jeder Gelegenheit Partei für das schwache Geschlecht zu ergreifen. Anschuldigungen dieser Art reizten ihn aber ganz besonders zum Widerspruch, weil sie auch gegen ihn und sein Weib, an dem er mit rührender Hingebung und Verehrung hing, erhoben und in dem Wahlkampf wieder erneuert worden waren. Es scheint, als habe ihm die tiefe Erbitterung, die das in ihm hervorgerufen, es wie eine Pflicht gegen den inzwischen verstorbenen guten Genius seines Lebens erscheinen lassen, den guten Namen von Mrs.

Eaton wieder herzustellen. Die Gesellschaft von Washington und namentlich die anderen Kabinetsmitglieder mit ihren Familien sollten gezwungen werden, Mrs. Eaton als Vollberechtigte in ihrem Kreise zu sehen und anzuerkennen. Die maßgebenden Damen der Gesellschaft waren aber entschlossen, sich die anrüchige Frau nicht aufzwingen zu lassen. Der Präsident führte höchst ärgerliche Scenen mit den Frauen fremder Gesandten herbei und mit den verheiratheten Kabinetsmitgliedern, deren Familien in Washington waren, lag er bald in offener und hitziger Fehde über die Frage. Jackson war nicht gewohnt, einer gleichen Energie zu begegnen. Der Streit nahm daher bald einen sehr bösartigen Charakter an und wurde schließlich die wesentlichste Veranlassung zu der vollständigen Reorganisation des Kabinets, die anfänglich außerhalb Washington's gar nicht verstanden wurde.

In diesem tragi-komischen Zwischenspiel, das ganz einzigartig in der Geschichte der Vereinigten Staaten dasteht, lassen sich alle die charakteristischen Eigenschaften Jackson's, die guten wie die schlechten, die großen wie die kleinen, erkennen. Jede Opposition war ihm unerträglich. Er war stets seiner Sache zu gewiß, um — namentlich wenn sein Gefühl ins Spiel kam — glauben, geschweige denn verstehen zu können, daß der Widerstand aus aufrichtiger Ueberzeugung hervorging. Wie im Felde so kannte er auch im politischen Leben nur Freunde und Feinde und darum war er rücksichtslos in der Bekämpfung seiner Gegner. Ebenso rückhaltlos war er jedoch auch in der Hingabe an seine Freunde. Er machte ihre Sache vollständig zu der seinigen. Die persönliche Frage, die meist den Anstoß gab, erfaßte er mit solcher Intensität, daß sie ihm zur sachlichen wurde. Und wie die Grenzen zwischen dem Persönlichen und Sachlichen, so verschwammen auch die zwischen dem politischen und bürgerlichen Leben in einander. Dazu ging ihm das Vermögen ab, die relative Wichtigkeit verschiedener Fragen zu bemessen. Er konnte das Kleine nicht vom Großen unterscheiden, weil jeder Aufgabe sein ganzes Denken und Wollen gehörte und er darum auch nicht etwas Neues begann, bis das Frühere durchgeführt worden. Seine Entschlüsse waren rasch gefaßt und ohne jede Erwägung der möglichen Konsequenzen für seine eigene Person. Weder seine formale Bildung noch die Schulung, welche ihm das Leben gegeben, befähigten ihn aber zu objektivem Prüfen und Erwägen. Seine eigene Person, d. h. sein persönliches Empfinden, Annehmen und Glauben war der Ausgangs- und Sammelpunkt seiner Erwägungen, Denken und Handeln Eins und Beides die Subjektivität in der höchsten Potenz.

Eine einmal gebildete Ansicht durch Raisonnement zu erschüttern oder auch nur zu modifiziren, war daher fast unmöglich; aber bis er sich eine feste Ansicht gebildet hatte, war er in geschickten Händen gleich weichem Wachs. Das war um so bedenklicher, weil er Person und Amt durchaus nicht auseinander zu halten wußte. Er bediente sich nicht nur im ausgedehntesten Maße seiner amtlichen Stellung in außeramtlichen Angelegenheiten, weil er in gutem Glauben mit dem Amte in Beziehung brachte, was lediglich seine Person betraf. Von viel weitergreifenden Folgen war es, daß er die Grenzen der Rechte des Amtes nach den seinem persönlichen Ermessen nach vorliegenden Bedürfnissen absteckte, weil er den Pflichten desselben eine ungebührlich weite Ausdehnung gab und sich bewußt war, sie redlich erfüllen zu wollen. Nach Ludwig XIV. ist die Maxime des l'état c'est moi kaum ein zweites Mal zu einem so naiv vollendeten Ausdruck gekommen wie in Andrew Jackson, nur ist sie aus dem Monarchischen in das Republikanische übersetzt.

Daß eine solche Erscheinung in der Republik möglich war und daß dabei die politische und sozial-politische Entwickelung derselben so ungestört folgerichtig fortging, als hätte der eigenthümliche Mann nie den Präsidentenstuhl inne gehabt, findet leicht seine Erklärung. Wie man Washington die Verkörperung der besten Züge des amerikanischen Volkscharakters genannt hat, so war Jackson die Verkörperung aller typischen Züge desselben. Unstreitig war er eine bedeutend angelegte Persönlichkeit, aber dabei gänzlich unfähig, sich in irgend einer Hinsicht zur Höhe eines großen Mannes aufzuschwingen, weil die Ungunst der Verhältnisse in den bildungsfähigen Jahren ihn in der naiven Rohheit des Naturkindes erhalten. Trotz des im eigentlichen Sinne des Wortes furchtbaren Einflusses, den er während seiner achtjährigen Präsidentschaft ausübte, hat er seinem Volke doch nicht mit überlegenem Geiste neue Bahnen gewiesen und erschlossen, sondern nur es durch die dämonische Gewalt seines Willens rascher auf den Wegen fortgerissen, die es schon lange ging. Die Träger seiner Politik waren die Instinkte der Massen und ihr Inhalt war die Befriedigung derselben; die Kraft seines Willens brachte sie zu unbedingter Geltung.

Die letzten Sätze enthalten den Schlüssel zum richtigen Verständniß der politischen Tragweite des Bankstreites, der den vorzüglichsten Anlaß zu einer so schroffen Ausbildung des persönlichen Regimentes gab, daß man

mit Recht von der Regierung Andrew Jackson's reden darf[1]). Die allgemeine politische und die rein wirthschaftliche Frage, ob die Bank billigen Anforderungen entsprochen und die ihr verliehenen Privilegien nicht mißbraucht habe, ist hier nicht zu erörtern. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß der Streit nicht, wie die Freunde der Bank zu behaupten pflegten, aus der Luft gegriffen war. Die Bank war allerdings schon lange nicht mehr eine Parteifrage[2]) und man hatte ihre Vortheile würdigen gelernt, aber die Masse des Volkes war doch von Mißtrauen gegen die ungeheure Kapitalmacht erfüllt geblieben[3]). Wahrscheinlich wäre dasselbe jedoch latent geblieben, bis die Bank um Verlängerung ihres Freibriefes eingekommen wäre, wenn Jackson nicht die Frage früher auf die Tagesordnung gesetzt hätte. Was ihm den ersten Anstoß dazu gegeben hat, läßt sich nicht mit Bestimmtheit ermitteln. Die demokratische Parteitradition, der auch Bancroft das Gewicht seines Namens geliehen hat[4]), ist meiner Ansicht nach nicht begründet: Jackson ist nicht mit dem Entschluß nach Washington gekommen, der Bank den Garaus zu machen[5]). Er war ihr nie wohlgesinnt gewesen, aber er hatte sich, gleich ihren übrigen Gegnern, in sie als in eine Thatsache gefunden. Er hatte sogar die Errichtung eines Zweigbureaus in Pensacola und noch 1828 die Anstellung gewisser Personen in dem Zweigbureau in Nashville empfohlen. Während der ersten Monate seiner Präsidentschaft blieb auch das Verhältniß der Bank zur Administration,

---

[1]) Selbst der gemäßigte und dem Parteileben fernstehende Story schreibt: „And I confess that I feel humiliated at the truth, which cannot be disguised, that though we live under the form of a republic we are in fact under the absolute rule of a single man". Life and Letters of J. Story II. p. 154.

[2]) Ueber die älteren Phasen des Bankstreites siehe mein Buch „Verfassung und Demokratie der Ver. Staaten von Amerika".

[3]) Das Kapital betrug $ 35,000,000.

[4]) In einer zu Washington gehaltenen Lobrede auf Jackson.

[5]) Dagegen kann freilich Jackson's eigene Versicherung in dem sog. Paper read to the cabinet on the 18th of Sept. 1833 angeführt werden, daß bereits zur Zeit, da er die Präsidentschaft antrat, seine „Ueberzeugungen von den gefährlichen Tendenzen der Bank überwältigend" gewesen seien. (Niles XLV. p. 73.) Allein einer derartigen Erklärung eines Parten in einem Manifeste, das den Kulminationspunkt des Streites bezeichnet, könnte nicht viel Werth beigelegt werden, auch wenn die feststehenden Thatsachen nicht einen so starken Indizienbeweis gegen sie bilden würden. Es braucht jedoch nicht angenommen zu werden, daß Jackson eine absichtliche Unwahrheit gesagt habe. Die Stellung, die er im Sept. 1833 zu der Frage einnahm, ließ es ihm bei seinem Charakter und seiner ganzen Denkweise als selbstverständlich erscheinen, daß er immer so gedacht haben müsse.

wie es unter den früheren Präsidenten gewesen war. Es sind aus dieser Zeit mehrere Briefe Ingham's an den Präsidenten der Bank bekannt, in denen der Finanzsekretär seine Anerkennung über die Weise ausspricht, in der die Bank den Wünschen der Administration nachgekommen. Den ersten nachweisbaren Anlaß zu einer Verstimmung bot eine an sich unbedeutende Sache, deren Anfang auf den Juli 1829 zurückdatirt [1].)

In weiteren Kreisen wußte man nichts von diesen Irrungen, oder hatte sie nicht beachtet. Dem allgemeinen Publikum kam die Erklärung der ersten Jahresbotschaft überraschend, daß der Präsident „nicht zu früh der sorgfältigen Erwägung des Kongresses und des Volkes" das zu erwartende Gesuch um Erneuerung des Freibrieses der Bank empfehlen könne. Von welchem Geiste diese Empfehlung diktirt war, zeigt der Schlußsatz des kurzen Paragraphen: „Sowohl die Konstitutionalität als die Zweckmäßigkeit des Gesetzes, welches die Bank schuf, werden von einem großen Theile unserer Mitbürger entschieden bestritten (well questioned); und Alle müssen zugeben, daß es den großen Zweck nicht erfüllt hat, ein gleichförmiges und gesundes Papiergeld zu beschaffen." War das dahin zu verstehen, daß Jackson selbst die Bank für verfassungswidrig hielt, so galt das doch jedenfalls nur von dieser Bank und nicht von einer Bank im Allgemeinen. Dem maskirten Angriff auf die bestehende Bank ließ er den bedingten Vorschlag folgen, „eine nationale, auf den Kredit der Regierung und deren Einkünfte gegründete Bank" an ihre Stelle zu setzen. Ob es angezeigt gewesen wäre, dem Präsidenten ein solches Werkzeug in die Hand zu geben, wenn das neue System der Aemterverleihung in Uebung blieb, darauf muß die Geschichte von Jackson's Administration und speziell des Bankstreites die Antwort geben.

Hätte irgend ein Zweifel darüber obwalten können, daß Jackson der Bank den Krieg habe erklären wollen, so hätte er durch die Wiederholung jener Empfehlung in den beiden folgenden Jahresbotschaften benommen werden müssen. Noch aber dachte Niemand an einen Kampf auf Leben und Tod; zu dem kam es erst durch einen Mißgriff der Bank.

Jackson war in einem Punkte scheinbar dem Programme treu geblieben, das er bei Gelegenheit seiner Resignation als Bundessenator aufgestellt hatte. Gleich in seiner ersten Jahresbotschaft empfahl er, durch ein Amendement zur Verfassung die Wiederwählbarkeit des Prä-

[1]) Der Raum verbietet es, hier darauf einzugehen. In meinem größeren Werke werde ich Gelegenheit nehmen, die Geschichte dieser Sache mitzutheilen, weil sie höchst charakteristisch für Jackson's Administration ist.

sidenten abzuschaffen, und in jeder folgenden Jahresbotschaft wiederholte er die Empfehlung. Die Politiker nahmen jedoch mit Recht an, daß ihn das nicht hindern würde, selbst eine zweite Wahl anzunehmen[1]). Und eine Persönlichkeit, die ihnen genehmer gewesen und dabei mehr Aussicht auf Erfolg geboten, hätten sie schwer finden können.

In der letzteren Hinsicht dachten freilich die Führer der National-Republikaner sehr anders. Sie hofften bis zuletzt mit Zuversicht auf den Sieg[2]), theils weil sie bei den Massen ihr eigenes politisches Denken voraussetzten, während diese gänzlich von ihren politischen Instinkten geleitet wurden, theils weil sie den Einfluß unterschätzten, den die gewerbsmäßigen Politiker durch geschicktes „Arrangiren" auf die Entscheidung gerade derartiger Fragen sich bereits gesichert hatten.

An die Stelle des entthronten „König Caucus" mußte eine andere Maschine gesetzt werden, die durch Kundgebung des „Volkswillens" die Elektoren ihrer konstitutionellen Pflicht überhob, den ihrem Ermessen nach tauglichsten Mann zum Präsidenten zu erwählen. Aus dem „Küchenkabinet" scheint der erste Vorschlag gekommen zu sein, die bis heute üblichen „National-Konventionen", d. h. Versammlungen von ohne alle gesetzliche Kontrole gewählten Parteidelegaten zum Verkünder des „Volks-

[1]) Webster schreibt den 18. Apr. 1830 an Clay: „The President means to be re-elected. He has meant so all along. Seeing this, Van Buren was endeavoring to make a merit of persuading him to do so, on the ground of its being necessary to keep the party together. Priv. Corresp. of H. Clay, p. 259. Schon am 27. Febr. 1830 hatte er Mason geschrieben, Calhoun und Van Buren übersähen „the probability that General Jackson will run again; that that is his present purpose I am quite sure". Priv. Corresp. of D. Webst. I. p. 488.

[2]) Clay, bekanntlich der Kandidat der National-Republikaner, schreibt den 24. April 1830 an Fr. Brooke: „The whole case presents one encouraging view. Jackson has lost, is losing, and must continue to lose"; und den 23. Juli 1831 an J. S. Johnston: „I think we are authorized, from all that is now before us, to anticipate confidently General Jackson's defeat"; und noch am 21. Febr. 1832 an Fr. Brooke: „Every thing is going on well. Van Buren, old Hickory, and the whole crew, will, I think, in due time, be gotten rid of." Priv. Corresp. of H. Clay pp. 264, 307, 326. In der Address of the National-Republican Convention of Baltimore heißt es: „Without meaning to encourage an undue confidence, which would only generate inactivity, we believe that, with proper exertion, the success of the good cause is beyond the possibility of doubt. The present administration has for some time past been justly discredited in public opinion. — General Jackson has been gradually losing, ever since the commencement of his official term, the popularity with which he entered it". Niles XLI. p. 312.

willens" zu machen[1]). Welche Aussichten die allzeit schlagfertige Armee der Aemterinhaber und Aemterliebhaber hatte, die Wahl zu diesen Konventionen zu beeinflussen, und einen wie zwingenden Druck die „Nominationen" der Konventionen auf die Partei, resp. auf die von der Partei erwählten Elektoren ausüben mußten, braucht nicht erst näher erörtert zu werden. Jackson hätte freilich keiner künstlichen Nachhülfe bedurft, um wieder in Vorschlag gebracht zu werden; da sie aber geboten wurde, hätten seine Gegner doppelt vorsichtig bei der Aufstellung ihres Wahlprogrammes zu Werke gehen müssen. Statt sich in einer beobachtenden Defensive zu halten und ihn die Gefahren der Initiative laufen zu lassen, gingen sie aber, durch die Ueberschätzung ihrer Stärke und durch die Ungeduld von Clay's Ehrgeiz verleitet, plötzlich zur Offensive über.

Anfang December 1831, also fast ein Jahr vor der Wahl der Elektoren, eröffneten die National-Republikaner den Wahlkampf mit einer zu Baltimore abgehaltenen National-Konvention. Clay wurde einstimmig zum Präsidentschaftskandidaten nominirt. Eine Adresse an das Volk gab in der negativen Form einer Kritik der zeitigen Administration das Programm der Partei. Mancherlei hätte hinzugefügt, Vieles noch schärfer gesagt werden können, und die Kritik wäre doch gerechtfertigt gewesen; aber politische Klugheit forderte einen gehalteneren Ton. Die eigenthümliche Weise, in der die Massen Jackson als ihren direkten Repräsentanten betrachteten, ließen sie in den persönlichen Angriffen auf ihn eine Rüge ihrer selbst sehen und mit Genugthuung ergriffen sie die Gelegenheit zu nochmaliger und glänzenderer Bethätigung ihrer „Souveränetät".

Hinsichtlich der Bank nahm die Adresse eine viel entschiedenere Position ein, als durch die bisherigen Schritte Jackson's gegen dieselbe unbedingt geboten war. Der Bank wurde überschwängliches Lob gespendet und den Angriffen des Präsidenten auch der geringste Schein eines Grundes abgesprochen. Zwischen den Zeilen konnte man lesen, daß die Erklärung vielleicht in seinem eigenen Bankprojekt zu finden sei, das auf eine Papiergeldmaschine für die Regierung hinauslaufe.

---

[1]) Siehe den bei Parton, Life of A. Jackson. III. pp. 382. 383 angeführten Brief von Major Lewis an Amos Kendall, 25. Mai 1831. Im Juli desselben Jahres machte dann auf Anregung von Kendall und J. Hill eine „Konvention" der republikanischen Mitglieder der Legislatur von New Hampshire den förmlichen Vorschlag zur Abhaltung einer National-Konvention mit der weiteren Proposition, daß jeder Staat so viele Delegaten schicken solle, als ihm Elektoralstimmen zuständen.

Jedenfalls sei die Vernichtung der Bank beschlossene und entschiedene Sache, wenn Jackson wieder gewählt würde. Der Schluß ergab sich von selbst: wer die Bank retten wolle, müsse für Clay stimmen.

Die National-Republikaner gaben also „Bank oder Jackson!" als Parole für den Wahlkampf aus, und sie suchten den Präsidenten zur Annahme derselben zu zwingen, indem sie die Bank veranlaßten, jetzt um die Erneuerung ihres Freibriefes einzukommen. Als der Erfolg sie über die Thorheit dieses Schrittes belehrt hatte, leugneten sie jede Absichtlichkeit und prätendirten, ohne Hintergedanken nur der schon in der ersten Jahresbotschaft ausgesprochenen Aufforderung nachgekommen zu sein. Da es ihnen dadurch gelungen ist, weitere Unklarheit in das öffentliche Urtheil über den ohnehin in manchen Hinsichten dunkelen Verlauf des Streites zu bringen, erschien der Hinweis auf die meist übersehene Adresse der Konvention zu Baltimore nothwendig. Neben vielen Anderen hat auch Clay selbst Zeugniß dafür abgelegt, daß Jackson die Frage in dieser Session nicht zur Sprache gebracht zu sehen wünschte, sondern „die Verantwortlichkeit einer Entscheidung" ihm von den Freunden der Bank aufgedrängt wurde[1]).

Nicht nur Jackson persönlich hatte sich über dieses Manöver zu beklagen. Die Bank und ihre Freunde mochten sich später noch so sehr auf das Recht der Selbstvertheidigung berufen, als Jackson eine schwere Waffe aus den Tausenden von Dollars, die sie zur politischen Agitation verwandt, gegen sie schmiedete. Mit ihrer Applikation vor einer Präsidentenwahl, ungefähr fünf Jahre vor Ablauf ihres Freibriefes und in einem Kongreß, dessen Mitglieder ohne jede Rücksicht auf diese Frage gewählt worden waren, führte die Bank in einer von keinem Gesichtspunkte aus zu rechtfertigenden Weise ihre Geldmacht in die politische Arena. Durch diese Thatsache an und für sich übte sie auf eine große Anzahl von Bürgern — namentlich in dem geldarmen Westen — eine Pression aus, welche die durch die Zeit eingeschläferten politischen Bedenken gegen eine derartige Korporation in höherem Grade als je zuvor weckte. Sie sind für die Entwickelung und den Ausgang des Streites von größerer

---

[1]) „The Executive is playing a deep game to avoid, at this session, the responsibility of any decision on the Bank question. It is not yet ascertained whether the bank, by forbearing to apply for a renewal of their charter, will or will not conform to the wishes of the President. I think they will act very unwisely if they do not apply". H. Clay to Fr. Brooke. Dec. 25., 1831. Priv.-Corresp. p. 322.

Bedeutung als die wirthschaftliche Seite der Frage gewesen[1]). Das eigentlich entscheidende Moment aber war, daß Jackson die Herausforderung der Baltimore Konvention annahm und auch von sich aus „Jackson oder die Bank!" zur Losung in dem Wahlkampf machte.

Die demokratischen Mitglieder des Kongresses hatten nicht erwartet, daß der Präsident die Partei vor die Alternative stellen würde, ihn fallen zu lassen, oder das Gesuch der Bank zurückzuweisen. Man wußte allerdings, daß er die Applikation gerade zu dieser Zeit sehr übel vermerkt habe, aber obwohl die Demokraten im Repräsentantenhause eine

[1]) J. M. Ludlow sagt in einer Besprechung meines oben angeführten Werkes: „Yet surely the question involved in it (Jackson's struggle with the U. St. Bank) was one of the gravest constitutional nature, and big with issues effecting the whole future of the United States, viz., whether a money-power of national dimensions should be allowed to subsist, which took part in political warfare, set at nought Government control and seized the dividends on the public stock. How momentous such a danger is in a Republic, from the want of all those countervailing influences which other forms of government may supply, the instance of the Erie Ring shows, which but the other day we saw controlling the legislature and half the judiciary of the „Empire State" of the Union. If James Fisk's mammonocracy was confined to a State or two, it was probably thanks only to the toughness of „Old Hickory", which, forty years before, had thrown Fisk's precursor, Nicholas Biddle, in that previous wrestle, wherein the control of the Union itself was at stake". (The Academy. May, 2, 1874.) Ich theile die Ansicht Ludlow's, daß das Fortbestehen der Bank nicht wünschenswerth war. Nicht das allein aber ist die Frage. Das Verdienst, das Jackson sich durch ihre Vernichtung erworben, ist mehr als aufgewogen durch das Uebele, das er durch die Art und Weise angestiftet, wie er ihre Vernichtung durchsetzte. Außerdem hat Jackson sich völlig unfähig erwiesen, etwas Besseres an ihre Stelle zu setzen. — Ludlow's Vergleich der Bank mit dem „Erie Ring" und Biddle's mit Fisk ist meiner Ansicht nach im höchsten Grade unglücklich. Ludlow scheint mir hier theils ein wenig durch die Benton-Parton'sche Geschichtsbrille zusehen, theils zieht er den ungeheuren Unterschied zwischen den damaligen und den heutigen wirthschaftlichen Verhältnissen des Landes nicht genug in Rechnung, theils verkennt er ganz die wahre Natur und politische Bedeutung des Erie Rings und seines einstigen Chefs. Daß New York seinen James Fisk hatte und über die ganzen Vereinigten Staaten ein Schwarm von größeren und kleineren Fisks verbreitet ist, das ist erst durch die allgemeine politische Entwickelung möglich geworden, die während Jackson's Administration zum vollen Durchbruch kam und die Jackson selbst mehr als irgend eine andere Persönlichkeit gefördert hat. Ich glaube nicht, daß ich Jackson, wie mir der geehrte Kritiker vorwirft, unterschätze. Befinde ich mich nicht in einer argen Selbsttäuschung, so schätze ich ihn nur richtiger ab, weil ich den Ursachen der Dinge auf größere Tiefen in ihren weiten Verzweigungen nachgehe und auch ihre Wirkungen, und zwar nicht nur die Unmittelbaren, weiter verfolge.

beträchtliche Majorität hatte, wurde die Bankbill doch mit 107 gegen 85 Stimmen passirt. Den folgenden Tag (4. Juli) ging sie an den Präsidenten und am 10. Juli sandte dieser sie mit seinem Veto an den Senat zurück. Dabei gab er jetzt in unzweideutiger Weise zu verstehen, daß er den Ausgang der Präsidentenwahl als den entscheidenden Spruch des Volkes ansehen werde. Dadurch wurde die Erneuerung des Freibriefes der Bank wirklich und vollständig zur Parteifrage. Nur wenige von den vielen demokratischen Freunden der Bank hatten den Muth, ihren früheren Ansichten treu zu bleiben. Viele, die noch soeben um ihre Fortdauer petitionirt, schmähten sie jetzt als „Ungeheuer", das die Freiheit der Republik zu verschlingen drohe, und Einige bekannten sogar mit sklavischer Schamlosigkeit, daß lediglich Jackson's Geheiß ihre Befehdung zum Parteigesetz gemacht[1]). Es war das erste Mal, daß in einer bedeutsamen Frage Parteidisziplin zum obersten Gesetz der demokratischen Partei erhoben wurde, und für jetzt erkannte die Partei die Ansicht und den Willen des Präsidenten als die Quelle ihres Parteiprogrammes an.

Das Veto erhielt jedoch nicht dadurch allein eine Bedeutung, die weit über die Frage der Fortdauer oder des Aufhörens der Bank hin-

---

[1]) In der Stadt New York haderten die Demokraten unter einander darüber, ob das bisherige Kongreßmitglied Verplanck oder statt seiner ein gewisser Selden in das Repräsentantenhaus gewählt werden solle. Die Evening Post, „eine der offiziellen Zeitungen" der Tammany Gesellschaft, die für Verplanck Partei nahm, bemerkte in einem Artikel: „Mr. Verplanck, it seems, voted in favor of the U. St. bank. There is not a single act but this in the whole course of his political life which even the noisy champions of Mr. Selden have ventured to name against him. On the contrary, on all important questions, he has ever been found on the side of the executive . . . 'But he has committed one sin', say certain obstreperous friends of Mr. Selden — 'he voted in favor of re-chartering the U. St. bank.' But let it be borne in mind that, at the time that question was taken in congress, it had not yet become of party demarcation in this city. It was not yet an ascertained fact that the president would veto the bill; and Mr. Verplanck was in possession of no data which could by any means make it certain that his constituents were opposed to the bank. He had before him petitions of a large number of his constituents, praying, in earnest terms, for the renewal of the charter. These petitions had on them the names of many as sound democrats as are to be found in the whole country. They had on them names of men who stood and stand among the highest at Tammany Hall — leading spirits in the wigwam — chiefs at the council board". Niles XLIII. p. 145.

ausging. Der Präsident fußte seine Begründung desselben auf eine Reihe von Sätzen, die eine inhaltsschwere Lehre über das Verhältniß der Exekutive zur Legislative und zur richterlichen Gewalt aufstellten.

Jackson erklärte in der Veto-Botschaft, daß er, wenn er darum angegangen worden wäre, gerne bereit gewesen sein würde, dem Kongreß den Plan zu einer Bank zu liefern, gegen die sich weder Verfassungs- noch Zweckmäßigkeitsbedenken erheben ließen. Während der Administration Washington's hatten die Anti-Föderalisten sich oft sehr scharf darüber ausgelassen, daß der Kongreß sich die Chefs der Departements — namentlich Hamilton — in der Abfassung von Gesetzesentwürfen an die Hand gehen ließe. Die Praxis kam jedoch auch unter republikanischem Regime nicht ganz außer Uebung. Der Gedanke aber, sich an den Präsidenten um eine Gesetzesvorlage zu wenden, war vollständig neu. Eine wie große Rolle auch die Theorie von der „Theilung der Gewalten" in dem politischen Denken der Gründer der Republik gespielt hatte, sie hatten doch viel zu viel politischen Sinn, um die unbedingte Durchführung des „Prinzipes" in der Konstitution zu versuchen. Der Präsident war mit viel Ueberlegung zu einem mitwirkenden Faktor bei der Gesetzgebung gemacht, aber in den Debatten der Konvention zu Philadelphia war auch nicht ein einziges Mal der Gedanke aufgetaucht, ihm einen Antheil an der gesetzgeberischen Initiative zu geben. Soweit auch die Ansichten auseinandergingen, man hielt es doch ausnahmslos für selbstverständlich, daß die Theilnahme der „Exekutive" an der gesetzgebenden Gewalt nur den Zweck ihres eigenen Schutzes und einer gewissen Kontrole der Legislative haben könne. Auch im Föderalist ist die Frage lediglich von diesen beiden Gesichtspunkten aus erörtert. Die „Empfehlung" von ihm „nothwendig und zweckdienlich erscheinenden Maßnahmen", die dem Präsidenten außerdem von der Konstitution zur Pflicht gemacht wird, hat mit einer legislativen Initiative nichts gemein. Ob der republikanische Genius es unter keinen Umständen erlaubt, der vollziehenden Gewalt Theil an ihr zu geben, ist hier nicht zu erörtern; in den Vereinigten Staaten ist das seit jeher die allgemeine Ueberzeugung gewesen, und dem Genius ihrer Verfassung lief jedenfalls die Anmuthung Jackson's zuwider. Clay meinte, wenn der Präsident die Gesetzesentwürfe zu liefern habe, dann solle man mit „Ukasen und Dekreten" regieren, statt dem Lande die nutzlosen Kosten eines Kongresses aufzubürden.

Die Rüge dieser Aeußerung war nicht so übertrieben, als es auf den ersten Blick scheinen mag. In konstitutionellen Monarchien war

man bereits dahin gekommen, streng zu untersagen, daß der Fürst in die parlamentarischen Verhandlungen hineingezogen werde, um auch nicht einmal den Schein zu erwecken, als werde eine Pression auf die freien Erwägungen und Entschließungen beabsichtigt. In dem Kongreß der Republik wurde es dagegen jetzt ganz gebräuchlich, sich der Prophezeiung eines präsidentschaftlichen Veto als eines Hauptargumentes in den Debatten zu bedienen. Aus einer ungehörigen Abhängigkeit einiger Kongreßmitglieder von dem Präsidenten ließ sich das allein nicht erklären. Entweder mußte der Kongreß auf korrupten oder revolutionären Wegen gehen, oder der Präsident mußte eine weit von den Anschauungen seiner Vorgänger abweichende Ansicht von der Veto-Gewalt haben.

Ueber das Letztere ließ die Veto-Botschaft keinen Zweifel. Jackson erklärte einen großen Theil der Bestimmungen des bestehenden Bankgesetzes für verfassungswidrig, bezichtigte die neue Bankbill, diese Bestimmungen im Wesentlichen beibehalten zu haben; verfassungswidrig seien die betreffenden Bestimmungen, weil sie nicht, wie die Verfassung fordere, „nothwendig und geeignet" (necessary and proper) zur Erreichung der beabsichtigten Zwecke wären.

Daß das Veto rechtskräftig war, unterlag keiner Frage, da die Verfassung, von einigen Zeitbestimmungen abgesehen, die Ausübung der Veto-Gewalt an keine weitere Bedingung als an die Angabe der Gründe knüpft. Die Rechtsfrage war jedoch nicht darauf beschränkt. Es war nicht nur eine theoretisch interessante, sondern eine praktische Frage von der höchsten Bedeutung, ob diese Gründe Jackson's verfassungsmäßig waren. Hierauf wurde denn auch bei der Wiedererwägung der Bill im Senate viel größeres Gewicht als auf die Utilitätsfrage gelegt.

Da, wie erwähnt, der Präsident hinsichtlich der Gesetzgebung nicht als dem Kongreß koordinirt anzusehen ist[1]), so wird man es bereits als dem Geiste der Verfassung zuwiderlaufend bezeichnen dürfen, wenn sich der Präsident zur Anwendung der Veto-Gewalt berechtigt hält, sobald ihm irgend welche Detailbestimmungen einer Bill nicht ganz zusagen; eine scharfe Grenze läßt sich jedoch da natürlich nicht ziehen. Jackson dehnte aber die Zuständigkeit seines individuellen Urtheils über das „noth-

[1]) Art. I. Sect. 1. der Verfassung lautet: „All legislative Powers herein granted shall be vested in a Congress of the United States." — Ich weise nochmals darauf hin, daß ich die genaue Begründung meiner Ansichten über die verfassungsrechtlichen Fragen auf eine spätere Zeit verschieben muß; die engen Grenzen eines Aufsatzes erlauben mir nur, ganz kurz die Resultate meiner Untersuchungen anzuführen.

wendig und geeignet" auch auf die Verfassungsfrage aus. Ohne Zweifel durfte der Präsident nicht nur, sondern er mußte auch jeder Bill, die er für verfassungswidrig hielt, seine Zustimmung versagen. Allein ebenso unfraglich war es unstatthaft, bei der Bildung seines Urtheils über diese Frage seine Ansichten über das „nothwendig und geeignet" der Einzelbestimmungen zum Prüfstein zu machen. Wenn dem Kongreß eine allgemeine Befugniß verliehen, so steht auch ihm das maßgebende Urtheil über ihre zweckdienlichste Ausübung zu. Die Verfassungsmäßigkeit eines legislativen Aktes davon abhängig zu machen, ob ein anderer Regierungsfaktor nicht andere Einzelbestimmungen für zweckdienlicher hält, ist absurd. Die Verfassungsmäßigkeit ist, wie es das Wort besagt, eine Rechtsfrage, und die Norm für die Entscheidung von Rechtsfragen kann nicht die individuelle Ansicht über bloße Zweckmäßigkeitsfragen sein. Damit wäre nicht nur die Gewißheit, sondern auch das Sichgleichbleiben des Rechtes im Prinzip aufgehoben. Bei konsequenter Durchführung dieser neuen Lehre mußte der Präsident jede Gesetzgebung zu inhibiren suchen, die nicht in allen Einzelheiten vollständig seinen Anschauungen entsprach, und er konnte es thun, wenn er in einem der beiden Häuser des Kongresses auf ein Drittel der Mitglieder zählen durfte. Was gestern Rechtens gewesen, war heute — was die Exekutive anlangte — ungesetzlich und darum nicht bindend, wenn ein Anderer den Präsidentenstuhl einnahm, der Präsident seine Ansicht geändert, oder eine Aenderung der Verhältnisse ein anderes Urtheil über die Zweckdienlichkeit gesetzgeberischer Maßnahmen zu verlangen schien. Denn Jackson wollte nicht nur über die Verfassungsmäßigkeit der ihm zur Bestätigung vorgelegten Bills, sondern auch der bestehenden, in verfassungsmäßiger Weise zu Stande gekommenen Gesetze nach seinen Ansichten über die Zweckdienlichkeit ihrer einzelnen Bestimmungen aburtheilen.

Was auch immer Jackson's Ansicht als Privatmann sein mochte, als Präsident durfte er in dem Freibrief der Bank lediglich nicht nur ein rechtskräftiges, sondern auch ein verfassungsmäßiges Gesetz sehen. Ist ein Gesetz in verfassungsmäßiger Weise zu Stande gekommen, so kennt die Konstitution nur eine Autorität, die richterliche, die es für verfassungswidrig erklären darf. Jackson aber nahm das Recht in Anspruch — als Präsident, dem die Konstitution das Wachen über „getreuliche Vollziehung der Gesetze" zur höchsten Pflicht macht — nicht nur in Abwesenheit einer solchen bundesgerichtlichen Entscheidung die Verfassungsmäßigkeit und mithin auch die Rechtskräftigkeit

eines Gesetzes zu leugnen und diese seine Ueberzeugung zum Motiv amtlicher Handlungen zu machen, sondern er that es gegen eine ausdrückliche Entscheidung des Oberbundesgerichtes. Freilich wollte er das Urtheil in M'Culloch v. State of Maryland nicht als die ganze Frage deckend gelten lassen, weil das Gericht nur die Errichtung einer Bank, nicht aber alle Bestimmungen des Freibriefes dieser Bank für verfassungsmäßig erklärt habe. Allein das Gericht hatte dabei erklärt, daß es nur über jene erste Frage zu urtheilen befugt sei, weil die Verfassung hinsichtlich der zweiten dem Gesetzgeber volle Diskretion lasse[1]), der Gesetzgeber aber ist der Kongreß und nicht Kongreß und Präsident[2]).

Jackson ging aber sogar noch einen Schritt weiter. Er leugnete schlechthin die Kompetenz des Gerichtes zur maßgebenden Interpretation der Verfassung in derartigen Fragen. In der Veto-Botschaft heißt es: „Jeder öffentliche Beamte, der einen Eid leistet, die Verfassung aufrecht zu erhalten (to support), schwört sie aufrecht zu erhalten, wie er sie versteht, aber nicht wie Andere sie verstehen". Das war unzweifelhaft richtig hinsichtlich offener Fragen, aber eben so unzweifelhaft unrichtig hinsichtlich Fragen, die nicht mehr offen waren, weil die nach

---

[1]) „But where the law is not prohibited (by the constitution), and is really calculated to effect any of the objects intrusted to the government; to undertake here to inquire into the degree of its necessity, would be to pass the line which circumscribes the judicial department, and to tread on legislative ground." Wheaton's Rep. IV. p. 423; Curtis IV. p. 431.

[2]) Der letzte Satz findet sich nicht in der Entscheidung des Oberbundesgerichtes, sondern ist eine von mir aufgestellte Behauptung. Meines Wissens ist dem Oberbundesgerichte nie Gelegenheit geboten worden, sein Urtheil über diese wichtige Frage abzugeben. So viel ist jedoch aus dem weiteren Verlaufe des Argumentes in Sachen M'Culloch v. State of Maryland ersichtlich, daß das Gericht bei der Diskretion, die es der Legislative zuspricht, nur an den Kongreß, als den alleinigen Inhaber der gesetzgeberischen Initiative gedacht hat. So z. B. heißt es: „To have declared that the best means shall not be used, but those alone without which the power given would be nugatory, would have been to deprive the legislature of the capacity to avail itself of experience, to exercise its reason, and to accommodate its legislation to circumstances ... As little can it be required to prove, that in the absence of this clause congress would have some choice of means. That it might employ those which, in its judgement, would most advantageously effect the object to be accomplished." Jackson war daher durchaus nicht befugt, zu sagen: „Under the decision of the supreme court it is the exclusive province of Congress and the president to decide" etc.

der Verfassung zur Entscheidung in letzter Instanz berufene Autorität ihr Urtheil bereits abgegeben hatte. Will die Konstitution nicht die Bundesexekutive und die Bundeslegislative verpflichten, die Urtheile des Oberbundesgerichtes in Verfassungsfragen als definitiv entscheidend anzuerkennen, so gibt es überhaupt kein Verfassungsrecht der Union; — die fundamentale Idee, auf der dieser Verfassungsstaat ruht, ist dann, daß er kein Rechtsstaat sein soll; — das Recht negirt sich selbst. Das Oberbundesgericht hat dann sein Verfassungsrecht; jeder Präsident das seinige; jede neue Majorität des Kongresses das ihrige: das öffentliche Recht der Union ist dann das Rechtschaos im Prinzip; die Entscheidung einer Rechtsfrage liegt außer dem Bereiche der Möglichkeit.

In einem Kongreß, in dem Rechtsverständige wie Daniel Webster saßen, mußten diese offenbaren Konsequenzen der Verfassungsdoktrinen Jackson's mit großer Schärfe gezogen werden. Die Veto-Botschaft aber enthielt einen Paragraphen, der die Massen auch gegen das klarste Raisonnement und die eindringlichsten Warnrufe stumpf und taub machte. Jackson zählte den Freibrief zu den Gesetzen, die „ausschließliche Privilegien" verleihen und darauf ausgehen (undertake), „die Reichen reicher und die Mächtigen mächtiger zu machen" und darum „den niederen (humble) Mitgliedern der Gesellschaft, den Farmern, Handwerkern und Arbeitern, die weder Zeit noch die Mittel haben, sich dieselben Begünstigungen zu verschaffen, ein Recht" geben, „sich über die Ungerechtigkeit ihrer Regierung zu beklagen". Selbst wenn von Demagogenhänden solche Saiten angeschlagen werden, ist es nie ganz ungefährlich. Geschieht es von einem wahren Volksmanne mit der ganzen Ueberzeugungsenergie eines beschränkten, unbedingt an sich selbst glaubenden Menschen, so ist ein mächtiger Widerhall stets gewiß.

Die Führer der Opposition verstanden die Massen so wenig, daß sie das Veto mit lautem Jubel begrüßten und für die möglichst weite Verbreitung der Botschaft sorgten, wie es einst der Kontinental-Kongreß mit den Erlassen des Ministerium North gethan. Der Jubel der Administrationspartei war mit bestem Grunde grenzenlos: die Veto-Botschaft machte Jackson für so lange zum Meister der Union, als er es sein wollte. Trotz aller Schrecken der Cholera wurde im Sommer 1832 der Wahlkampf mit einer Energie und einem Enthusiasmus wie nie zuvor geführt und gegen die Hickorybäume waren alle die wohlgesetzten Reden und alle die geharnischten Pamphlete der Opposition völlig ohnmächtig. Jackson erhielt 219 Elektoralstimmen gegen 49 für Clay.

Bei Jackson's Charakter war es selbstverständlich, daß dieser über Erwarten glänzende Sieg die rücksichtsloseste Fortführung des Kampfes gegen die Bank zur Folge haben würde. Die Jahresbotschaft vom 4. Dez. 1832 überraschte den Kongreß durch die Empfehlung, alle Kapitalien flüssig zu machen, welche die Regierung in den Stocks von Korporationen investirt habe, die von ihr oder den Staaten geschaffen worden. Daran war die Aufforderung geknüpft, eine Untersuchung über den Stand der Bank anzustellen, da Gerüchte im Umlauf wären, nach denen man für die Sicherheit der Bundesdepositen fürchten müsse. Diese Aufforderung war um so auffallender, als das Repräsentantenhaus bereits am 14. März desselben Jahres einen Untersuchungsausschuß eingesetzt hatte, der, obwohl zum größeren Theil aus Gegnern der Erneuerung des Freibriefes der Bank zusammengesetzt, einen durchaus günstigen Bericht abgestattet hatte. Freilich hatte Jackson in seiner Veto-Botschaft die Thätigkeit dieses Ausschusses für in jeder Hinsicht ungenügend erklärt. Die anmaßende Dreistigkeit dieser Behauptung vermochte jedoch nicht den Kongreß zu bestimmen, sich durch Anstellung einer neuen Untersuchung, für die der Präsident auch nicht eine einzige Thatsache als plausiblen Vorwand angeführt hatte, lächerlich zu machen. Das Haus beschloß am 2. März 1833 mit 109 gegen 46 Stimmen, daß die Depositen „sicher in der Bank der Vereinigten Staaten verbleiben können."

Unter gewöhnlichen Verhältnissen wäre die außerordentliche Majorität, mit der diese Resolution passirt wurde, als entscheidend für die Angelegenheit angesehen worden. Jackson wußte von keiner Berücksichtigung derartiger Momente bei seinen Entschließungen: wollte der Kongreß mit ihm kooperiren, so war er es zufrieden; wollte er es nicht, so ging der Präsident seinen Weg unbeirrt allein weiter.

Und wie mit dem Kongreß so war es mit dem Kabinet. Die Majorität desselben wollte gleichfalls nichts von dem Plane wissen, der in jenem Passus der Jahresbotschaft angedeutet war. M'Lane wurde deswegen aus dem Finanz- in das Staatsdepartement versetzt und statt seiner Duane zum Finanzsekretär gemacht. Jackson erwartete von diesem bereitwilligeres Entgegenkommen, weil er ein entschiedener Gegner der Erneuerung des Freibriefes der Bank war[1]).

[1]) Das ist nicht dahin zu verstehen, als sei Duane „zu dem Zwecke ernannt worden, die Depositen (der Bank) zu entziehen". Ebenso wenig kann aber, wie es nach Parton's Darstellung (Life of A. Jackson. III. p. 508) erscheint, mit Be-

Den 1. Juni 1833 trat Duane sein Amt an und schon am 3. Juni theilte ihm der Präsident persönlich seine Absichten hinsichtlich der Depositen mit. Duane entgegnete ihm sogleich, daß er seine Ansichten nicht zu theilen vermöge und machte den Vorschlag, entweder den Kongreß zu einer nochmaligen Untersuchung aufzufordern, oder sich an die Gerichte zu wenden[1]). Jackson wies beide Propositionen unbedingt zurück. Die Sache ruhte dann bis zum Ende des Monats. Am 1. Juli erhielt Duane den eingehend motivirten Vorschlag, bei gewissen Banken durch einen Agenten anfragen zu lassen, ob sie gewillt sein würden, unter den bereits in allen Einzelheiten vom Präsidenten festgesetzten Bedingungen die Bundesdepositen zu übernehmen. Ein widersinnigeres Finanzprojekt ist schwerlich je von dem Chef einer Regierung ausgegangen. Duane antwortete ebenfalls schriftlich, alle einschlägigen Fragen eingehend erörternd. Daß seine Ausführungen auf taube Ohren fielen, braucht kaum erst gesagt zu werden. Noch mehrere Briefe wurden zwischen dem Präsidenten und Sekretär gewechselt, ohne auf der einen oder anderen Seite einen Eindruck zu machen. Die praktischen Resultate der Verhandlungen beschränkten sich auf ein Ende Juli gegebenes Versprechen Duane's, seine Entlassung zu erbitten, falls er zu keiner Verständigung mit dem Präsidenten kommen könne und auf die Absendung Kendall's, um sich darüber zu unterrichten, was für eine Aufnahme die eventuelle Durchführung von Jackson's Plan bei den angesehensten Banken erfahren würde.

Kendall's Mission war nach Duane's Ansicht völlig resultatlos: des Präsidenten Bankagenturen-Plan sei „einstimmig" verworfen worden und die Banken, welche sich zur Uebernahme der Depositen bereit erklärt hätten, seien die am wenigsten verlässigen[2]). Jackson war jedoch

---

stimmtheit gesagt werden, daß die Wahl ganz unabhängig von dieser Frage erfolgt sei. Parton beruft sich darauf, daß die Unterhandlungen mit Duane bereits im Dez. 1832 eröffnet worden seien. Allein die erste Anfrage erfolgte an demselben Tage, von dem die Jahresbotschaft datirt war. Jackson hatte daher bereits ganz bestimmt den Gedanken gefaßt, der Bank nicht die Depositen zu belassen, und daß er die Zustimmung dieses Kongresses zu ihrer Entfernung zu erhalten gehofft habe, wird kaum behauptet werden.

[1]) Mr. Duane's Exposition. Niles XLV. p. 236.

[2]) Selbst Benton schreibt: „Instead of a competition among them (the local banks) to obtain the deposits, there was holding off, and an absolute refusal on the part of many". Um eine Erklärung im Sinne seiner Auffassung von der ganzen Angelegenheit ist er nicht verlegen: „It was the fear of the Bank of the United States". Thirty Years' View. I. p. 385.

durch den Bericht des Agenten vollkommen zufriedengestellt, da sein Entschluß gefaßt war[1]). Den 10. September theilte er dem Kabinet mit, daß er einen Tag fixirt zu sehen wünsche, von dem ab die Gelder der Regierung nicht mehr bei der Bank deponirt würden[2]). Eine Woche später ließ er in einem abermaligen Ministerrath jedes Mitglied des Kabinets seine Ansichten über die Mittheilungen vom 10. sagen. Den folgenden Tag (18. Sept.[3])) theilte er dem Kabinet gegen den bisher üblichen Gebrauch schriftlich seine eigenen Ansichten mit. Die schriftliche Form war nicht wegen der außergewöhnlichen Wichtigkeit der Frage gewählt worden. Die Hauptadresse des merkwürdigen Aktenstückes lautete nicht an das Kabinet, sondern an das Volk: der Präsident suchte in einer der Verfassung und den Gesetzen unbekannten Weise ein Verdikt des Volkes für sich zu gewinnen, ehe von zuständiger Seite seine Handlungsweise beurtheilt werden konnte.

Den 20. September, nachdem Duane dem Präsidenten seinen letzten Entschluß bekannt gemacht hatte, schrieb der Globe, das offiziöse Blatt der Administration: „Wir sind autorisirt mitzutheilen, daß die Depositen der öffentlichen Gelder statt bei der Bank der Ver. Staaten bei den Staatsbanken werden gemacht werden, so bald die zu dem Zweck nothwendigen Arrangements getroffen sind"[4]). Duane hatte vorher seine Verwahrung gegen diese halb amtliche Bekanntmachung eingelegt[5]). Mit Bezugnahme auf diese schrieb er dem Präsidenten am 21. September, daß er sein übereiltes Versprechen vom Juli zurücknehme und seinen Posten nicht freiwillig aufgeben werde, da seiner

---

[1]) Benton schreibt a. a. O.: „But a competent number were found". Bei der Ueberschwänglichkeit, mit der er diese „heroische That" Jackson's schildert, ist dieser Ausdruck bezeichnend.

[2]) Dahin ist auch das „removal of the deposits" zu verstehen. Die bereits bei der Bank deponirten Gelder wurden ihr nicht etwa auf einmal, sondern allmählich nach den thatsächlichen Bedürfnissen der Regierung entzogen.

[3]) Benton giebt den 22. Sept. an (l. c. I. p. 376.). Es wäre im höchsten Grade auffallend, wenn hier wirklich nur ein Druckfehler vorläge. Benton hatte seine Hand so tief in diesem Bankspiel während aller Phasen desselben, daß er die Wichtigkeit der Daten für eine richtige Beurtheilung der Handlungsweise Jackson's sehr genau kannte. Ein verzeihlicher Irrthum ist das falsche Datum gewiß nicht.

[4]) Niles XLV. p. 237.

[5]) Brief vom 19. Sept. Die ganze Korrespondenz zwischen ihm und Jackson vom 19—23. Sept. ist abgedruckt bei Niles XLV. pp. 237—239.

Auffassung nach ihm allein eine Diskretion hinsichtlich der Entziehung der Depositen zustehe und er dieselbe nicht billigen könne. Jackson schickte ihm sogleich den Brief als unschicklich zurück, verweigerte kurz jede „weitere Diskussion" und ersuchte ihn um eine entscheidende Antwort, ob er die von ihm (Jackson) für nothwendig gehaltenen Maßnahmen treffen wolle. Noch an demselben Tage sandte Duane drei weitere Schreiben an den Präsidenten, in denen er, unter näherer Ausführung einzelner Punkte, mit größerer Entschiedenheit seine Weigerung wiederholte, den Befehl zur Entziehung der Depositen zu geben oder zu resigniren. Daraufhin schickte ihm Jackson, seine Entlassung zu. Noch am nämlichen Tage wurde der Generalanwalt Taney zum Finanzsekretär ernannt und er ertheilte ohne Säumen den vom Präsidenten gewünschten Befehl.

Ich muß es mir versagen, an dieser Stelle auf die verschiedenen wichtigen, verfassungsrechtlichen Fragen einzugehen, die in diesem Vorgehen des Präsidenten involvirt waren. Nur auf die beiden hauptsächlichsten Momente kann ich kurz hinweisen. Jene Schrift vom 18. September faßte wiederum das Verhältniß der Exekutive zur Legislative in einer Weise auf, wie es kein anderer Präsident gethan und die weder in dem Buchstaben noch in dem Geiste der Verfassung auch nur einen Schatten von Rechtfertigung fand, und Jackson trat in ihr wiederum in direkten Widerspruch mit einer ausdrücklichen Entscheidung des Oberbundesgerichtes.

Der Präsident sprach seine Verwunderung darüber aus, daß der Kongreß sich der Macht begeben, die Depositen der Bank zu entziehen. Es schien ihm dermaßen befremdend, daß er mit großer Naivetät nur „ein Uebersehen" als wahrscheinlichen Grund anzuführen wußte. Daß der Kongreß aber die Macht, die er nach der Natur der Sache selbst hätte ausüben sollen, „ausschließlich" dem Finanzsekretär übertragen habe, schien ihm nach dem Wortlaute des Gesetzes keiner Frage unterworfen werden zu können[1]). Dieses „ausschließlich" wollte er jedoch

[1]) Die in Frage kommende Sektion 16. des Gesetzes vom 10. Apr. 1816 lautet: „And be it further inacted, That the deposits of the money of the United States, in places in which the said bank and branches thereof may be established, shall be made in said bank or branches thereof, unless the Secretary of the Treasury shall at any time otherwise order and direct; in which case the Secretary of the Treasury shall immediately lay before Congress, if in session, and if not, immediately after the commencement of the next session, the reasons of such order or direction". Statutes at L. III. p. 274.

mit einem sehr wesentlichen Vorbehalt verstanden wissen. Er erklärte jenes „Uebersehen" aufrichtig zu bedauern, da er, der Präsident, gerne der „schweren und peinlichen Verantwortlichkeit" ledig sein würde, die ihm aufgebürdet worden. Zu dieser eigenthümlichen Schlußfolgerung aus dem „ausschließlich" gelangte er, indem er es als eine selbstverständliche Konsequenz hinstellte, daß eine „Gewalt", die „einem exekutiven Departement" verliehen worden, „die Verantwortlichkeit" für die Ausübung der Gewalt „dem exekutiven Zweige der Regierung" auflade. Daher „liegt es ihm ob", der Frage zu begegnen; es ist „seine Pflicht zu entscheiden."

Die verfassungsrechtliche Begründung für diese Grenzbestimmung seiner Pflichten und Rechte fand der Präsident in der Klausel: „Sorge zu tragen, daß die Gesetze treu vollstreckt werden". Dieser allgemeinen Klausel steht aber eine andere, viel schärfer formulirte Bestimmung der Verfassung gegenüber, aus der sich ganz klar ergibt, daß die Kontrole des Präsidenten über die Amtsthätigkeit der Departementschefs oder irgend welcher anderen Exekutiv- oder Administrativbeamten nicht eine absolute, sondern eine ganz genau begrenzte ist. Art. I, Sect. 8, §. 18 der Konstitution lautet: Der Kongreß soll Macht haben, „**alle** Gesetze zu machen, die nothwendig und geeignet sind, die vorgenannten Befugnisse in Wirksamkeit zu setzen und **alle** anderen Befugnisse, die durch diese Konstitution der Regierung der Vereinigten Staaten, oder **irgend einem Departement oder Beamten derselben** verliehen sind." Die Konstitution also verweist den Präsidenten ganz und ausschließlich an die Gesetze und gibt dem Kongreß allein das Recht, Gesetze „zu machen", dem Präsidenten nur ein qualitatives Veto ertheilend. Kein Gesetz aber verlieh dem Präsidenten ein Kontrolrecht über alle amtlichen Handlungen der Departementschefs oder speziell des Finanzsekretärs. Und das Oberbundesgericht hatte bereits vor dreißig Jahren dem Kongreß das Recht zuerkannt, den Departementschefs „spezifische Pflichten" aufzuerlegen, hinsichtlich deren dem Präsidenten eine „konstitutionelle oder gesetzliche Diskretion" zustehe, — hinsichtlich deren ihre Handlungen nicht „seine Handlungen", — die nicht nur „politisch kritisirbar", sondern richterlichem Spruche unterworfen seien [1]).

[1]) „ . . . where the heads of departments are the political or confidential agents of the executive, merely to execute the will of the president, or rather to act in cases in which the executive possesses a constitutional or legal discretion, nothing can be more perfectly clear than that their acts

Vielleicht ließ sich darüber streiten, ob nach Absicht des Gesetzgebers in der betreffenden Klausel des Bankgesetzes dem Finanzsekretär eine im Sinne des Oberbundesgerichtes „spezifische" Pflicht auferlegt worden sei. Jener allgemeine Anspruch Jackson's war aber offenbar schlechterdings unvereinbar mit dem Urtheil in Sachen Marbury v. Madison. Meiner Ansicht nach läßt sich jedoch auch der Beweis erbringen, daß Jackson in dem konkreten Falle unter dem Schutze des Gesetzbuchstabens sich einer groben Verletzung des Geistes des Gesetzes wie der Verfassung schuldig machte[1]).

Daß Jackson aufrichtig in seinem vollen Rechte zu sein glaubte, ist gewiß. Bei allen den vielen Ueberschreitungen seiner rechtmäßigen Befugnisse fand er in den eigenen Augen seine eigentliche und gegen alle Angriffe stichhaltige Rechtfertigung in der ihm selbst zweifellosen Richtigkeit seines Urtheils und in der Redlichkeit seiner Absichten. Unter diesem breiten Schilde konnte ein Staatsmann von diesem

---

are only politically examinable. But where a specific duty is assigned by law, and individual rights depend upon the performance of that duty, it seems equally clear that the individual who considers himself injured, has a right to resort to the laws of his country for a remedy." Marbury v. Madison. Cranch's Rep. I. p. 166.; Curtis I. pp. 380, 381.

[1]) Für jetzt bleibe ich diesen Beweis schuldig, werde ihn aber s. Z. liefern. Hier mag jedoch bemerkt werden, daß Story offenbar derselben Ansicht gewesen ist. Ob sein Urtheil auf die nämlichen Gründe basirt war, vermag ich nicht zu sagen. Er schreibt 25. Dez. 1833 an Webster: „But I think, (and in this I differ toto coelo from Mr. Taney) that it is a purely personal trust in the Secretary, and as much so, as if it had been confided to the Chief Justice of the United States. It has nothing to do with the ordinary duties of his department. The power grows not out of any general authority, given by other laws, but it is, as between these parties, for this purpose, a special umpirage created by the Act, and binding as a part of the contract. It is no answer to say that, if the section had not been there, he might, in virtue of his general authority, have controlled the public funds at his pleasure. Pro tanto, this act modifies and restrains such authority. It is an appeal to him to act, as a special agent selected by both parties, when he decides. I think, then, that the President has not the slightest right to interfere with the business. It is taken out of the sphere of Executive action. It belongs to the Secretary and to him alone, and any interference by the President to control or influence his judgement, much more to deter him from exercising his judgement, is, on the part of the President, a departure from his duty, and if the Secretary acts upon the opinion of the President, and not upon his own, I think he virtually violates the charter and abandons his trust." Life and Letters of J. Story. II. p. 156.

Hinterwälderthypus leicht in aller Ehrlichkeit gar viele Rechtsbedenken bergen. Und in diesem Falle waren seine Zwecke gewiß bedeutsam genug, um eher den störrigen Duane fallen zu lassen, als auf ihre Erreichung zu verzichten. Er „übernahm die Verantwortlichkeit" für die Entziehung der Depositen aus keinem geringeren Grunde, als weil es „nothwendig" war, „um die Moralität des Volkes, die Freiheit der Presse und die Reinheit der Wahlfreiheit zu erhalten." Wer aber hatte den Präsidenten zum Wächter der Sitten des Volkes, der Preß- und Wahlfreiheit gesetzt? Und nicht nur gegen die Bank, sondern auch gegen den Kongreß, der dieses „Ungeheuer" in's Leben gerufen und sich so eben für seine Fortdauer erklärt hatte, gegen die unmittelbaren Vertreter der Bevölkerung und der Staaten warf sich Jackson zum Vertheidiger dieser Grundpfeiler gesellschaftlicher Ordnung und freiheitlichen politischen Lebens auf. Der erste Punkt in der Klage, auf die hin das Volk einst ein unwiderrufliches Verdammungsurtheil über die föderalistische Partei gefällt, war die Verletzung der Preßfreiheit durch das Aufruhrgesetz. Jetzt jubelte das Volk über den Triumph, den die Sache der Freiheit und Volksherrschaft dadurch feiere, daß Jackson jenen Anspruch erhob und ihn siegreich durchfocht. Es liegt kein Grund vor, noch heute die Mahnrufe zu bespötteln[1]), die Clay und Webster an das Volk richteten, wenn sie auch die wirthschaftlichen Folgen von Jackson's Bankpolitik verkannten und wenn auch Clay's Frage: warum der Präsident nicht auch gleich das Wächteramt über die Religion übernommen? gegenstandslos geblieben ist. Der Bankstreit hat eine die wirthschaftliche und rechtliche weit überragende, bleibende politische Bedeutung, und die lag in den Momenten, die Jackson befähigten, mit seinen Ansprüchen auf eine der Verfassung und der republikanischen Idee widerstreitende Stellung zwischen dem Kongreß und dem Volke als patriarchalischer Regent der Republik thatsächlich durchzudringen.

Am 28. März 1834 passirte der Senat nach dreimonatlicher Debatte mit 26 gegen 20 Stimmen folgende Resolution: „Beschlossen, daß der Präsident in den letzten exekutiven Maßnahmen in Bezug auf die öffentlichen Einkünfte sich eine Autorität und Gewalt angemaßt hat, die ihm nicht durch die Konstitution und Gesetze verliehen worden ist, sondern im Widerspruch mit beiden steht." Jackson antwortete am

---

[1]) Es ist jüngst wieder in der North American Review geschehen. Jan. 1873. pp. 173, 174.

15. April durch die Ueberſendung eines weitläufig motivirten „Proteſtes" mit der Forderung, daß derſelbe in das Journal des Senates eingetragen werde. Der Senat paſſirte darauf am 7. Mai mit 27 gegen 16 Stimmen eine Reihe von Reſolutionen des Inhaltes, daß der Proteſt dem Präſidenten Gewalten zuſchreibe, die mit der Autorität der beiden Häuſer des Kongreſſes und der Verfaſſung unvereinbar ſeien, — ein Bruch der Privilegien des Senates ſei und nicht in das Journal des Senates eingetragen werde, und daß der Präſident nicht das Recht habe, dem Senat einen Proteſt gegen irgend eine ſeiner Handlungen zu ſenden. Seinen Abſchluß fand dieſer neue Zank durch eine am 16. Januar 1837 mit 24 gegen 19 Stimmen paſſirte Reſolution des Senates, daß die Reſolution vom 28. März 1834 aus dem Journal des Senates ausgelöſcht (expunged) werden ſolle.

Auf die beiden Fragen, um die es ſich unmittelbar handelte: ob der Senat das Recht habe in einer Reſolution einen förmlichen Tadel über eine Handlung des Präſidenten auszuſprechen? und: ob der Präſident das Recht habe, einen Proteſt gegen eine ſolche Reſolution oder gegen irgend einen Beſchluß des Senates einzuſenden? läßt ſich meiner Anſicht nach keine beſtimmte, rechtlich unanfechtbare Antwort geben, weil ſich in der Verfaſſung kein ſicherer Anhalt für ihre Löſung findet. Die rechtlichen Argumente werden hier überhaupt von den politiſchen in den Hintergrund gedrängt und die Beantwortung der Rechtsfrage wird daher ſtark von den politiſchen Anſichten des Beurtheilers beeinflußt werden. Nur das eine ſcheint mir unzweifelhaft, daß der Senat Buchſtaben und Geiſt der Verfaſſung gröblich verletzte, als er 1837 beſchloß, die Reſolution von 1834 aus ſeinem Journale auszulöſchen. Die Verfaſſung beſtimmt: „Jedes Haus des Kongreſſes ſoll ein Protokoll ſeiner Verhandlungen (proceedings) halten" (keep), d. h. führen und behalten. Was in einem Hauſe des Kongreſſes vorgegangen und in ſeinem Protokoll verzeichnet worden, iſt ein Theil der Geſchichte des Landes und keine Hand iſt befugt, an einem einzigen Buchſtaben zu rühren. Der Senat hatte 1837 ſo gut wie 1834 das Recht, ſeine Anſicht auszuſprechen. Niemand konnte ihm die Erklärung wehren, daß die Majorität in der Reſolution vom 28. März über die verfaſſungsmäßige Befugniß des Senates hinausgegangen ſei. Zwiſchen einer ſolchen Erklärung und dem Auslöſchen der Reſolution war aber offenbar nicht nur ein formeller Unterſchied. Jenes wäre die Abgabe und Protokollirung eines abweichenden Urtheils geweſen; dieſes war eine unwürdige Ketzerrichterei, durch die der Senat ſich ſelbſt in's Geſicht ſchlug, indem er ſein eigenes Handeln in die

gemeinen Parteibalgereien herabzog. Der Fluch der Jackson'schen Administration läßt sich in das eine Wort zusammenfassen, daß sie systematisch das öffentliche Rechtsbewußtsein untergraben und die Achtung des Volkes vor der Regierung verringert hat. Letzteres anlangend war die Passirung der Benton'schen „expunging resolution" die letzte große Karte, die von den Jacksonianern ausgespielt wurde.

Jackson's persönliche Schuld an diesem wesentlichsten Resultate seiner Administration war nicht sowohl durch einzelne bestimmte Handlungen als durch seine Auffassung von der Stellung des Präsidenten zu den anderen Faktoren der Regierung und zu dem „Volke" bedingt.

Der Protest enthielt zunächst eine Wiederholung der wesentlichsten Punkte des Schriftstückes vom 18. September über die Rechtsfrage, sie theilweise bestimmter fassend und verschärfend. Namentlich erklärte Jackson jetzt ganz direkt, daß durch das Bankgesetz hinsichtlich der Depositen nicht nur kein anderes Verhältniß zwischen dem Präsidenten und Finanzsekretär als das im Allgemeinen zwischen ihnen obwaltende geschaffen worden sei, sondern daß der Kongreß auch gar nicht in irgend einer Hinsicht den Finanzsekretär der Oberaufsicht und Kontrole des Präsidenten habe entheben „können", ohne sich einer Usurpation der exekutiven Befugnisse schuldig zu machen. Wenn „genügende Gründe" für die Entfernung der Depositen vorlägen — d. h. wenn der Präsident die Ansicht hatte, was nach Jackson identisch war — so sei es die „gesetzliche Pflicht" des Finanzsekretärs sie anzuordnen; thäte er es nicht, so habe der Präsident seiner „geschworenen Pflicht", die Gesetze zu vollstrecken, nachzukommen, d. h. für einen andern Finanzsekretär zu sorgen, der seine Pflicht erfülle. Das Argument hatte ein Verdienst und das war für den Ausgang des Streites das entscheidende: der Majorität der großen Masse erschien es unwiderleglich.

Der Protest brachte jedoch auch noch einen neuen Beweis für die rechtliche Unmöglichkeit, das von dem Präsidenten beanspruchte Kontrolrecht über die Depositen zu verkürzen, oder gar zu nehmen. Alles Staatseigenthum und mithin auch die Staatsgelder, behauptete Jackson, seien immer in der Obhut der Exekutivgewalt, d. h. in den Händen vom Präsidenten ernannter und ihm verantwortlicher Beamten, gewesen und müßten auch immer in derselben bleiben, „wenn die Verfassung nicht geändert werde." Der Kongreß könne keinen Beamten einsetzen, dessen Ernennung nicht dem Präsidenten zufallen und der nicht ihm verantwortlich sein würde. Die Bestimmung der Verfassung

ist nicht bezeichnet, die der Exekutivgewalt die Obhut über das ganze Staatseigenthum zuweist; namentlich aber ist der Nachweis schuldig geblieben, warum aus dem Ernennungsrecht des Präsidenten unmittelbar folgert, daß die von ihm ernannten Beamten ihm in allen Stücken verantwortlich sind. Daß es in der Natur der Sache liegt, konnte unmöglich behauptet werden. Selbst Jackson hat nie prätendirt, daß die von ihm ernannten Richter ihm Verantwortlichkeit schuldeten. Sein Beweis war hier, wie sonst so häufig, die dreiste Behauptung. Der Protest erklärt: „Die Befugniß der Amtsenthebung, die, gleich der der Ernennung, eine ursprüngliche (original) exekutive Befugniß ist, ist in Bezug auf alle Exekutivbeamten, für die der Präsident verantwortlich ist, unbeschränkt (unchecked) gelassen, während sie ihm in Bezug auf die richterlichen Beamten, für die er nicht verantwortlich ist, genommen worden ist."

Ein merkwürdigerer Satz ist schwerlich in irgend einer amerikanischen Staatsschrift zu finden. Gab es irgend einen Satz des Verfassungsrechtes, der bisher nicht nur von allen Parteien, sondern, man darf sagen, von allen Bürgern ohne jeden Vorbehalt anerkannt worden war, so war es der, daß die Bundesregierung nur die ihr in der Verfassung verliehenen Befugnisse habe. Jetzt berief sich der Präsident auf ursprüngliche Befugnisse der Exekutivgewalt, von denen die Verfassung ihr einige belassen und andere genommen. Was für Befugnisse konnten nicht von der legislativen und richterlichen, wie von der exekutiven Gewalt mit Recht in Anspruch genommen werden, wenn nur die Behauptung aufgestellt zu werden brauchte, daß sie ihnen ursprünglich zuständen, und dann nur nachzuweisen war, daß die Verfassung sie ihnen nicht genommen, einerlei ob sie von ihr gewährt worden? Wo blieben dann die Rechte der Staaten, die Freiheiten der Bürger, die genauen Abgrenzungen der verschiedenen Regierungsgewalten gegen einander, wo blieb das ganze Verfassungsrecht? Die Verfassung ist nicht das tadellose Musterwerk, für das die Amerikaner sie meist ansehen, aber ein so ungeheuerliches Rechtschaos, wie es durch die Anerkennung dieser neuen Methode zur Ermittelung des Verfassungsrechtes bedingt gewesen wäre, hat sie wahrlich nicht geschaffen.

Und doch war es der Erfinder dieser neuen Methode, der nach Pflicht wie nach Absicht der Vertheidiger par excellence der Konstitution zu sein beanspruchte. Diese ganz eigenartige Stellung sollte auch schon „aus der Natur des Amtes hervorgehen", aber die Gründer der Republik hätten ihr durch den Eid, den der Präsident beim Antritt des Amtes zu leisten hat, „eine besondere Feierlichkeit und Kraft gegeben."

Die Ansichten, die man am Ende des vorigen Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten wie in der übrigen westlichen Kulturwelt über die Stellung der „Exekutivgewalt" zur freiheitlichen Fortentwickelung der Völker hegte, erlauben wohl kaum einen Zweifel darüber, daß der leitende Gedanke beim Vorschreiben dieses Eides nicht sowohl der war, die Verfassung gegen innere Feinde in die besondere Obhut des Präsidenten zu geben, als vielmehr das Volk, so weit dieses durch einen Eid geschehen konnte, gegen Anschläge des Präsidenten gegen die Verfassung zu sichern. In dem Konvent zu Philadelphia wie in den Ratifikationskonventionen wurde mit großem Nachdruck für die Uebertragung der Exekutivgewalt an ein Kollegium gesprochen, weil die Geschichte aller Zeiten und aller Völker lehre, welchen Gefahren die Freiheit ausgesetzt sei, wenn zu viel Gewalt in die Hände eines Mannes gelegt sei. Was die Vereinigten Staaten auch immer später aus trüben Erfahrungen über die Tendenz der Legislative zur Ueberschreitung ihrer legitimen Befugnisse gelernt haben mögen, damals bezog man den Satz vom Mißtrauen gegen die Regierung, das die Voraussetzung des Fortbestandes der Freiheit sei, in erster Linie auf die Exekutivgewalt. Nur die Einsichtsvollsten erkannten, daß die Gefahr ebenso sehr oder gar mehr von anderer Seite her drohte, und nur durch den Hinweis auf die Erfahrungen des Unabhängigkeitskrieges vermochten sie es durchzusetzen, daß die Exekutive der richterlichen und namentlich der legislativen Gewalt wirklich koordinirt wurde. Auch ihnen aber war es nie in den Sinn gekommen, den Präsidenten zum Vertheidiger der Integrität der Verfassung gegen den Kongreß zu machen. Das war die Domäne der richterlichen Gewalt. Die Kompetenz des Präsidenten in dieser Hinsicht war auf sein qualitatives Veto beschränkt. Jackson beanspruchte aber nicht nur in diesem bestimmten Fall ein Recht, der behaupteten Verfassungsüberschreitung des Senates entgegenzutreten, sondern er stellte sich überhaupt über den Senat und zwischen das „Volk" und die beiden anderen Regierungsfaktoren. Der Präsident, erklärt er, ist „der **direkte** Repräsentant des amerikanischen Volkes", „von dem Volke erwählt und ihm verantwortlich", der Senat dagegen „eine Körperschaft, die nicht **direkt** dem Volke Rechenschaft schuldet." Als der Repräsentant des Volkes sei er es daher auch den Repräsentanten desselben schuldig, gegen die Verletzung ihrer verfassungsmäßigen Prärogativen durch den Senat aufzutreten, und sein „fester Entschluß" ist, dem „Volke das ihm (mir) anvertraute heilige Pfand unverletzt zurück zu erstatten — die Wunden

der Verfassung zu heilen und sie vor weiteren Verletzungen zu bewahren".

Die Verfassung kennt nur einen Präsidenten als Träger der exekutiven Gewalt; von einem „direkten Repräsentanten des amerikanischen Volkes" weiß sie nichts. Darum weiß sie auch nichts von einer Wahl des Präsidenten „durch das Volk". Nach ihrer Absicht sollten die Elektoren nicht nur Figuranten, sondern die einzigen wirklichen Wähler des Präsidenten sein. Und außerdem läßt sie nicht einmal die Elektoren einfach von dem Volke wählen, sondern von dem Volke wie es in Staaten gegliedert und im Volkshause des Kongresses vertreten war, jedem Staate zwei weitere Elektoren für seine Vertretung im Staatenhause gebend. Endlich wußte die Verfassung nichts davon, daß der Präsident dem „Volke" verantwortlich sei. Wollte Jackson nur von einer allgemeinen politischen Verantwortlichkeit reden, so ließ sich gewiß nichts dagegen einwenden. Aber diese Verantwortlichkeit theilte jede andere politische Persönlichkeit mit ihm, und vor allen Dingen ließen sich aus ihr keine Rechte ableiten. Eine solche allgemeine politische Verantwortlichkeit konnte ferner nicht eine direkte genannt werden In diesem Ausdruck lag der Gedanke ausgesprochen, daß das Volk das legale Forum sei, das in letzter Instanz über das politische Thun und Lassen des Präsidenten zu urtheilen habe. Von einem solchen Rechte des Volkes weiß die Verfassung auch nichts. Das einzige Forum, vor das sie den Präsidenten zur Verantwortung seines politischen Thun und Lassens ladet, wenn die Repräsentanten eine Impeachment-Klage gegen ihn erhoben, ist der Senat. Die Verfassung kennt überhaupt gar nicht das „Volk" in dem von Jackson gebrauchten Sinne des Wortes. Sie schafft Rechtsverhältnisse, aber sie wirft nicht das Recht über den Haufen, indem sie jede in irgend einer Weise zusammengesetzte Majorität der stimmberechtigten Bürger über das Recht hebt, dadurch, daß ihr Wille das Recht ist. Wohl ist in den Vereinigten Staaten „das Volk" die eine ursprüngliche Quelle des Rechtes, aber es ist das Volk in seiner ganz bestimmten, gesammtheitlichen politischen. d. h. verfassungsrechtlichen Organisation. Jedes andere „Volk" als selbstständige Rechtsquelle, als gesetzliches politisches Forum ist der Verfassung nicht nur unbekannt, sondern ist ihre Aufhebung, denn die Verfassung will einen Rechtsstaat schaffen, ein solches Volk aber ist die Negirung des Rechtsstaates. Das „Volk" in diesem unstaatlichen, oder vielmehr anti-staatlichen Sinne war es, auf das sich Jackson in allen seinen Rechtsstreitigkeiten berief; mit anderen Worten: der Träger

der Exekutivgewalt machte die Unterordnung des Staates unter die Gesellschaft zum bestimmenden Grundsatz der Republik, die im eminentesten Sinne des Wortes ein Rechtsstaat hatte sein sollen. Der Protest substituirte denn auch wiederholt „öffentliche Meinung" für „Volk". Webster outrirte daher nicht, wenn er sagte, das Raisonnement des Präsidenten laufe darauf hinaus, daß er Alles thun dürfe, was die öffentliche Meinung sanktionire; noch einfacher gesagt: daß er Alles thun dürfe, was er thun könne.

Daß Jackson sich nicht in seiner ganzen amtlichen Thätigkeit von diesem Grundsatze leiten ließ, sondern sich im Allgemeinen, gleich seinen Vorgängern, in den gesetzlichen Schranken hielt, ist nicht von maßgebender Bedeutung. Ihr typisches Gepräge erhielt seine Administration dadurch, daß er jenen Grundsatz aufstellte, ihn in einigen Fragen von hervorragender Bedeutung thatsächlich befolgte und die Sanktion des „Volkes" erhielt. Das war Grund genug, das Volk in feierlichster und eindringlichster Weise zu beschwören, inne zu halten und nüchtern zu prüfen, auf was für Ziele diese Bahn hinausführen müsse. Die Führer der Opposition wählten aber freilich das verkehrteste Mittel dazu, wenn sie das eitele Schreckbild der Aufrichtung einer Tyrannis hinstellten, die bald vielleicht nicht einmal die leeren Formen der Volksherrschaft bestehen lassen würde. Sie nahmen die Symptome für das Wesentliche; die tieferen Ursachen der Symptome erkannten sie so wenig als die Masse des Volkes. Sie schwammen gleichfalls in dem allgemeinen Strome, wenn auch nur an den Rändern desselben und erschreckt über die Geschwindigkeit, mit der die in seiner Mitte treibenden Gegner fortgerissen wurden.

Niemand erwartete Jackson zum dritten Male als Kandidat aufgestellt zu sehen[1]). Mit seinem Abtritt hatte aber auch „die Herrschaft eines Mannes" ihr Ende erreicht. Vielleicht ging sein Einfluß weit genug, seinen Kandidaten für die Nachfolge zum Parteikandidaten zu machen. Wer aber auch sein Nachfolger sein mochte, seinen Einfluß konnte er ihm nicht vererben. In einer Demokratie kann es nie gleichzeitig und wird es fast nie unmittelbar nacheinander zwei Persönlichkeiten geben, zu denen sich das Volk so stellt, wie in den Vereinigten Staaten die Majorität des großen Haufens zu Andrew Jackson stand. Andererseits werden aber auch in Demokratien die Idole nie nur um ihrer

[1]) Hier und da wurde der Gedanke allerdings ausgesprochen, aber er faßte unter den demokratischen Politikern nicht einmal so viel Wurzel, daß die Whigs ihn auch nur einen einzigen Augenblick ernstlich als eine der zu erwägenden Eventualitäten ansahen.

selbst willen vergöttert, sondern der große Haufe betet immer in ihnen auch sich selbst an. Der Erbe von Jackson's Herrschaft war darum nicht ein Mann, sondern im Gegentheil der große Haufe. Allein dieser kann in großen staatlichen Gemeinwesen, und namentlich in so eigenthümlich gegliederten wie die Vereinigten Staaten, immer nur auf Zeitmomente thatsächlich die Herrschaft behaupten. Es ist eine eben so grobe wie unheilvolle Täuschung, in der die bleibenden Erben von Jackson's Macht zum großen Theil bis auf den heutigen Tag die Massen des amerikanischen Volkes zu erhalten gewußt haben, daß seit Jackson's Zeit in Wirklichkeit das Regiment in ihren (der Massen) Händen gelegen. Die unleugbare und sogar sehr drastisch zu Tage liegende Thatsache ist, daß seit jener Zeit das Volk die Leitung einer kleinen Anzahl von Staatsmännern und Politikern höherer Ordnung gegen die Herrschaft eines immer riesiger anschwellenden Haufens von Politikern aller Rangstufen, bis herab zum politisirenden Schenkwirthe und dem gemeinen Dieb im Schutzmantel der Demagogie, zu vertauschen begonnen hat. Wo Leute aus dem Grenzgebiet zwischen Gesellschaft und Zuchthaus einen bestimmenden Einfluß in der Politik errangen, erschien dieses zunächst als die Folge lokaler Mißstände. Und daß die Politik zu einer Profession ward, in der die Mittelmäßigkeit — in stetig weiter abfallender Skala — dominirte und sittliche Laxheit die Regel, wenn nicht gar ein Requisit wurde, wollte man nicht als Mißstand anerkennen, so lange das Erwerbsleben sich zur Zufriedenheit weiter entwickelte. Leben und leben lassen! wurde in solchem Grade zum allgemeinen Wahlspruch, daß die Politiker sich sogar über das Aufraffen wunderten, mit dem das Volk den langgewohnten Zügel zerriß, als es in den Abgrund geritten werden sollte[1]), dem es seit dem Entstehen der Republik theils näher gezogen worden, theils näher geglitten war.

Ein Volksstaat, in dem die Allgemeinheit in ein dolce far niente hinsichtlich der Politik verfällt, in der Wahl der Gesetzgeber, dem allgemeinen Stimmrecht u. dergl. m. an und für sich Garantien der Freiheit sehend, ist stets auf abschüssiger Bahn, auf der das Umkehren immer schwer ist und auch im günstigsten Falle nur sehr allmählich geschehen kann. Die Voraussetzung eines gesunden Volksstaates sind eben nicht die Rechte, sondern die Uebernahme und vernünftige Erfüllung der Pflichten, wodurch die Rechte erst vernünftige Mittel zur Erreichung der Staats- und Gesellschaftszwecke werden. Eine Volksherrschaft

[1]) 1860 und 1861.

in dem Sinne, daß nicht nur die allgemeine Richtung der Politik durch den Willen der Majorität bestimmt wird, sondern diese in irgend einer Weise, z. B. in der Form der „öffentlichen Meinung", den Regierungsfaktoren in den einzelnen Fragen ihr Verhalten genau vorschreibt, wäre nicht nur ein entsetzlicher Zustand, sondern ist überhaupt nicht möglich. Wenn aber in einem Volksstaate die Politik zu einem mißachteten Gewerbe wird, so ist er bereits vor die Existenzfrage gestellt, denn so weit jenes wirklich geschehen[1]), ist die Selbstregierung (i. e. selfgovernment) nur noch Schein ohne Wesen; ein gesunder Volksstaat ohne wahres selfgovernment ist aber ein Widerspruch in sich.

Der Lebensprozeß eines Staates spielt sich aber nicht nach Tagen oder einzelnen Jahren ab. Bei einem Volke, das in hohem Grade die Bedingungen zur Bildung eines gesunden Volksstaates in sich trägt und ihn auch zum Theil bereits verwirklicht hat, müssen auch im ungünstigsten Falle Jahrzehnte darüber hingehen, ehe es politisch so weit sinkt, daß eine breite Kluft das soziale und politische Leben scheidet und die organisirte Bande der Gewerbspolitiker vollständig seiner Herr wird. Das rasche und allgemeine Sinken gesunden politischen Geistes, dessen erstes deutliches Symptom die zweimalige Wahl Jackson's zum Präsidenten war und das durch seine Administration mächtig gefördert wurde, ließ den wachsenden Einfluß der eigentlichen Handwerkspolitiker mit dem

---

[1]) Das ist auch noch jetzt in den Vereinigten Staaten in viel geringerem Grade der Fall, als oberflächlich Unterrichtete gemeiniglich glauben. Ein „Politiker" geheißen zu werden, ist allerdings so verletzend, als in gewissen Kreisen die Bezeichnung: „ein Jude". Allein nur die Masse der Politiker, nicht aber die Politik wird verachtet. Männer wie Ch. Fr. Adams, Schurz, Trumbull u. s. w. stehen auch noch heute in hohem Ansehen und das Volk ist stolz auf sie. — Als ich diese Zeilen zuerst niederschrieb, lebte Charles Sumner noch und ich hatte seinen Namen dem von Adams zunächst gesetzt. Es mag hier ein Wort aus der von Schurz zu Boston gehaltenen Gedächtnißrede auf denselben angeführt werden. Es ist nicht eine rhetorische Phrase, sondern zeichnet richtig die wahre Stellung des Volkes solchen Politikern gegenüber. „When you, Mr. Mayor, in the name of the City Government of Boston, invited me to interpret that which millions think and feel, I thanked you for the proud privilege you had conferred upon me, and the invitation appealed so irresistibly to my friendship for the man we had lost, that I could not decline it. And yet, the thought struck me that you might have prepared a greater triumph to his memory had you summoned, not me, his friend, but one of those who had stood against him in the struggles of his life, to bear testimony to Charles Sumner's virtues. There are many among them to-day to whose sense of justice you might have safely confided the office, which to me is a task of love".

Brod- und Butter-Prinzip vorerst nur als ein Nebenprodukt erscheinen. Unmittelbar zogen den reichsten Gewinn aus dem sich vollziehenden Umschwung der Verhältnisse Diejenigen, die diese Elemente in ihren Dienst zu nehmen wußten. Die verflachende, materialisirende und entsittlichende Umgestaltung der amerikanischen Demokratie, der durch die Administration Jackson's breite Bahn gebrochen wurde, hatte zunächst die verderblichsten Folgen in den Händen der Südstaaten als Hebel zur Förderung des Sklavenhalterinteresses.

From M. Perrin
June '93

Druck von Bär & Hermann in Leipzig.

Im Verlage von **Julius Buddens** in **Düsseldorf** erschienen ferner:

Verfassung und Demokratie

der

Vereinigten Staaten von Amerika.

Von

Dr. H. v. Holst,

Professor an der Universität Freiburg.

I. Theil:

Staatensouveränität und Sklaverei.

Erste Abtheilung.

gr. 8. brochirt 3 Thlr. 10 Ngr.

Inhalt: 1. Kapitel: Die Entstehung der Union, die Konföderation und der Kampf um die gegenwärtige Verfassung. 2. Kapitel: Die Kanonisirung der Verfassung und ihr wahrer Charakter. 3. Kapitel: Die inneren Kämpfe während der beiden Administrationen Washington's. Alexander Hamilton. Die erste Debatte über die Sklavenfrage. Einwirkungen der französischen Revolution. Konsolidirung der Parteien mit allmählicher Verschärfung der geographischen Scheidung. 4. Kapitel: Nullifikation. Die „Virginia und Kentucky Beschlüsse." 5. Kapitel: Die Präsidentenwahl von 1801. Verfall der föderalistischen Partei. Jefferson und der Ankauf von Louisiana. Die Intriguen der Burriten und Föderalisten. 6. Kapitel: Das Embargo. Madison und der zweite Krieg mit England. Die Hartford Konvention. 7. Kapitel: Geschichte der Sklavenfrage bis 1787. Die Kompromisse der Verfassung in der Sklavenfrage. 8. Kapitel: Geschichte der Sklavenfrage bis zum Missouri Kompromiß. 9. Kapitel: Der wirthschaftliche Gegensatz zwischen den freien und sklavenhaltenden Staaten. Das Missouri Kompromiß. 10. Kapitel: Entwickelung des wirthschaftlichen Gegensatzes zwischen den freien und sklavenhaltenden Staaten. 11. Kapitel: Der Panama Kongreß. Georgia und die Bundesregierung. 12. Kapitel: Die Nullifikationslehre. Das Kompromiß zwischen South Carolina und der Bundesregierung.

Europäische Geschichte

im

achtzehnten Jahrhundert

von

Dr. Carl von Noorden,

Professor in Tübingen.

Erste Abtheilung:

Der spanische Erbfolgekrieg.

Erster Band 3 Thlr. 10 Ngr.

Zweiter Band 4 Thlr.

Druck von Bär & Hermann in Leipzig.

This book should be returned to the Library on or before the last date stamped below.

A fine of five cents a day is incurred by retaining it beyond the specified time.

Please return promptly.

DUE NOV -7 '41

OCT -3'52 H

JAN 18'55 H

US 5035.25
Die administration Andrew Jackson's
Widener Library 003330693
3 2044 086 268 307